

b&w

bildung & wissenschaft

Deine Mitgliederzeitschrift aus Baden-Württemberg

GEW

7-8
2023

Kita-Verordnung

Land ebnet Kitas keinen guten Weg

GEW-Umfrage zum ISP

Was belastet und
was zum Gelingen beiträgt

TITELTHEMA

SCHULVERWALTUNGS- ASSISTENZ

Für alle ein Gewinn

GEW-Vertrauenspersonen stellen sich vor

*Im Herbst 2023 werden GEW-Vertrauensleute bestätigt oder neue gesucht. Bis dahin berichten Kolleg*innen von ihrem GEW-Engagement in den Schulen.*



DANIEL HECK

Realschullehrer an der
Maria-Gress-Schule in Iffezheim

Wie bist du Vertrauensperson geworden?

Mein Vorgänger hat mich angesprochen, weil wir uns immer wieder über GEW-Themen unterhalten hatten. Das hat gut gepasst, weil ich mich zu der Zeit als junger Lehrer langsam sattelfester fühlte und mich politisch und gewerkschaftlich mehr engagieren wollte. Das ist jetzt 7 Jahre her.

Welche Aufgaben hast du übernommen?

Ich habe in der Schule eine GEW-Ecke aufgebaut. Die bestücke ich mit Informationen der GEW und mit Süßigkeiten als Nervennahrung. Gerne setze ich mich für Kolleg*innen ein und unterstütze sie, soweit ich kann. In der GLK melde ich mich immer mal wieder zu Wort, wenn Kolleg*innen meiner Meinung nach Probleme zu wenig ansprechen oder ihre Rechte nicht wahrnehmen.

Erinnerst du dich an einen Moment, wo du dachtest, wie schön, dass ich für die GEW Vertrauensperson bin?

Erst letzte Woche hat mir eine Kollegin eine begeisterte Nachricht geschickt, weil ich sie gut beraten habe. Ich unterhalte mich viel mit Kolleg*innen. Sie sind meist dankbar für meine Informationen beispielsweise zu Pflege oder Elternzeit. Das sind Momente, die mich freuen.

Gibt es etwas, was du nicht so gerne machst?

Was mich nervt, sind Bemerkungen, wie sinnlos eine GEW-Mitgliedschaft oder eine Gewerkschaft sei, und sich dann aber beraten lassen wollen.

Wenn neue Kolleg*innen an die Schule kommen, sprichst du sie an?

Nicht gleich am ersten Tag. Wenn ich GEW-Kolleg*innen gewonnen habe, dann Sorge ich dafür, dass sie zufrieden sind und frage unaufdringlich immer mal wieder, wie es ihnen geht.

Die GEW bietet Schulungen für Vertrauenspersonen an.

Oft in einem schönen Ort wie im Löhnerhaus auf der Reichenau am Bodensee. Sind die gewinnbringend für dich?

Ja. Mit diesen Schulungen wird man gut an die GEW-Arbeit herangeführt und erfährt viel über Beteiligungsmöglichkeiten und Rechte an der Schule. Es ist ein schönes Zusammenkommen, und ich höre, was andere in anderen Schulen als VL machen.

Im Herbst werden Vertrauenspersonen bestätigt oder neue gesucht. Bist du wieder dabei?

Vielleicht werde ich abgeordnet. Dann suche ich eine Kollegin oder Kollegen als meine Nachfolge. Wenn es doch nicht so kommt, möchte ich auf jeden Fall weitermachen. Als Personalrat kandidiere ich auch für die GEW.

VETRAUENSLEUTE
MITBESTIMMEN
OKT. – DEZ. '23

Foto: David Matthiessen



Monika Stein,
Landesvorsitzende

Grund zum Feiern

Liebe Kolleg*innen, liebe Leser*innen,

am 27. Juli lädt die GEW Baden-Württemberg die bildungspolitischen Sprecher*innen und die Fraktionsvorsitzenden der demokratischen Fraktionen sowie die Kultusministerin auf ein Glas Sekt ein. Haben wir nichts anderes zu tun? Doch. Aber wenn es etwas zu feiern gibt, feiern wir.

Seit Jahrzehnten setzt sich die GEW dafür ein, dass befristet angestellten Lehrkräften die Sommerferien bezahlt werden. Jedes Jahr aufs Neue haben wir auf den Missstand hingewiesen, dass Kolleg*innen, die den Schulen buchstäblich den Hals retten, nach einem anstrengenden Schuljahr keinen bezahlten Urlaub machen konnten. Im Dezember 2022 haben die Abgeordneten im Landtag nach all den Jahren das dafür nötige Geld im Haushalt beschlossen. Das ist definitiv ein Grund zum Feiern.

Auch wenn noch etwas zu tun bleibt. Auch unsere Referendar*innen haben es verdient, in den Sommerferien bezahlt zu werden. Vor allem, weil jede Person schmerzhaft fehlt, die sich wegen der 6 Wochen ohne Gehalt in einem anderen Bundesland einstellen lässt. Und natürlich wollen wir endlich A13/E13 für Grund- und Hauptschullehrkräfte. Auch an diesen Themen arbeiten wir schon lange vor und hinter den Kulissen. Wenn die Abgeordneten sich noch einmal einen Ruck geben, haben wir wieder einen Grund zum Feiern.

Wir freuen uns noch über einen anderen Erfolg. Dozent*innen für Deutsch als Fremdsprache der Volkshochschule Stuttgart hatten nach sechs Jahren, unterstützt vom Rechtsschutz

der GEW, Erfolg vor Gericht: Auch sie haben ein Recht auf bezahlten Urlaub.

Nach der Arbeit und dem Feiern kommt die Erholung. Zurzeit ist es heiß, der Aufenthalt in überhitzten Räumen ist ab den späten Vormittagsstunden keine Freude mehr. Die Träger von Bildungseinrichtungen sollten deutlich mehr dafür tun, die Gebäude für Hitzeperioden fit zu machen. Jetzt wird es aber erst einmal Zeit für die Sommerpause. Die meisten von Ihnen haben eine Auszeit vor sich. Für diese wertvolle und wohlverdiente Pause vom fordernden Arbeitsalltag wünsche ich Ihnen alles Gute, viel Zeit für Genuss, baumelnde Beine und Seele und das, was Sie brauchen, um Ihre Kräfte aufzutanken und sich zu erholen.

Herzliche Grüße
Ihre

Monika Stein



TITELTHEMA
**16 SCHULVERWALTUNGS-
ASSISTENZ**
Für alle ein Gewinn

Foto: mixto / iStock



10 Lehrkräfteeinstellung 2023
Viele Stellen bleiben unbesetzt



28 BISS-Transfer
Gutes Konzept –
mangelnde Kommunikation



**36 Fachberater*in
Schulentwicklung**
Blick von außen

In dieser Ausgabe

TITELTHEMA

SCHULVERWALTUNGSASSISTENZ

- 16 Entlastung von Schulleitungen nicht in Sicht**
- 20 Schulverwaltungsassistenz**
Für alle ein Gewinn
- 23 Schulsekretär*innen**
Anforderungen steigen –
Bezahlung stagniert

Arbeitsplatz Schule / Kita

- 10 Lehrkräfteeinstellung 2023**
Viele Stellen bleiben unbesetzt
- 15 Kita-Verordnung**
Land ebnet Kitas
keinen guten Weg
- 28 BISS-Transfer**
Gutes Konzept –
mangelnde Kommunikation
- 36 Fachberater*in Schulentwicklung**
Blick von außen
- 42 Umgang mit Handicaps**
Schwerbehinderte Lehrerin
im Zwiespalt

Aus der Arbeit der GEW

- 8 GEW Sommerfest 2023**
- 26 Enquetekommission
„Krisenfeste Gesellschaft“
im Landtag | „Wir reden gerne
über mögliche Lösungen“**
- 32 Schulkindergärten**
Das Land muss mehr
für Kinder mit Behinderung tun

Aus- und Fortbildung

- 34 GEW-Umfrage zum ISP**
Was belastet und
was zum Gelingen beiträgt
- 38 Fortbildung Schulpsychologie**
Navigieren im Dilemma

Gesellschaft

- 40 Positionspapier der CDU-Fraktion**
Wehrkundepropaganda in Schulen?

Rubriken

- 3 Editorial**
- 6 Aktuell**
- 7 Glosse**
- 43 Kurz berichtet**
- 44 GEW vor Ort**
- 45 Jubilare**
- 48 Lesebrief**
- 49 Totentafel**
- 50 Termine**
- 50 Impressum**

Titel: mixetto / iStock

Redaktionsschluss der nächsten b&w-Ausgabe:
21. August 2023

GEW-FRAUEN BEIM DGB-ARBEITNEHMERINNENEMPfang Arbeitszeitdiskussion mit Teresa Bücker

Am 23. Juni hat der DGB-Landesbezirk Gewerkschafterinnen in den Württembergischen Kunstverein eingeladen. Der DGB-Arbeitnehmerinnenempfang dient der Vernetzung und Würdigung gewerkschaftlicher Frauenpolitik und findet jährlich statt.

Zunächst sprachen Ute Mackenstedt, erste Vorsitzende des Landesfrauenrates, und Leonie Dirks, Amtsleiterin des Sozialministeriums, zum Stand der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg. Aus Sicht der GEW-Frauenpolitik ist hier noch viel zu tun. Derzeit beraten die Ministerien über interne Maßnahmen. Der geplante Beteiligungsprozess für außenwirksame Maßnahmen steht noch aus und soll nächstes Frühjahr beginnen. Aus diesem Grund beschäftigt sich die BfC-Tagung der GEW am 17. Oktober 2023 schwerpunktmäßig mit Elementen einer Gleichstellungsstrategie für den Kulturbereich. Bereits im Februar organisierte die GEW eine Tagung zur Gleichstellungsstrategie im Hochschulbereich (wir berichteten). Die stellvertretende GEW-Vorsitzende Farina Semler trifft sich mit den Staatssekretärinnen Ute Leidig (Sozialministerium) und Sandra Boser



Gewerkschafterinnen beim DGB-Arbeitnehmerinnenempfang. Die Buchautorin Teresa Bücker steht in der unteren Reihe, zweite von links.

Foto: GEW

(Kultusministerium) im November und bringt dort die Anliegen der GEW- und DGB-Frauen ein.

Der Höhepunkt des Abends war der Vortrag von Teresa Bücker zu ihrer Veröffentlichung „Alle Zeit. Eine Frage von Macht und Freiheit“. In ihrem Buch setzt sich Bücker mit der Frage einer feministischen Arbeitszeitpolitik auseinander und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur aktuellen Arbeitszeitdiskussion. Diese Diskussion wird derzeit aufgrund der Anpassung des Arbeits-

zeitgesetzes durch das Bundesarbeitsministerium auch in den GEW-Frauen-gremien geführt. Teresa Bücker schlägt eine reduzierte Arbeitszeit mit einem Lohnausgleich für alle vor und sagte: „Dadurch würde es für Männer gesellschaftlich akzeptierter, weniger zu arbeiten, und die Care-Arbeit könnte gleichberechtigt aufgeteilt werden.“

Manuela Reichle

Referentin für Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitik

GEW IM GESPRÄCH

Fachkräftemangel im Fokus

Im Juni trafen sich Vertreter*innen der GEW mit Landtagsabgeordneten (MdL) der Grünen und der CDU zur Bildungspolitik. Thema war der Fachkräftemangel in den Kitas und Schulen. Die GEW und die MdL waren sich einig, dass der Fachkräftemangel in der Bildung inzwischen ein gravierendes Problem ist. An vielen Kitas kann der Betrieb nicht voll aufrechterhalten werden. An den Grundschulen fehlen Stunden für guten Unterricht und Förderung, und an den SBBZ und in der Inklusion können die Schüler*innen mit Behinderung nicht mehr angemessen unterrichtet werden. Unterricht fällt aus. Die GEW hat den MdL Vorschläge für schnell wirksame Maßnahmen gemacht, die für mehr qualifiziertes Personal sorgen würden.



Die GEW tauschte sich in der Geschäftsstelle mit Landtagsabgeordneten von Grünen und CDU aus.

Ein wichtiges Thema für die GEW war auch die überfällige Erhöhung der Besoldung für die Lehrkräfte an den Grundschulen und Haupt-/Werkrealschulen auf A13/E13.

Michael Hirn

Glosse Bildungspolitik schlägt zurück

„Zentrale Erhebung“! Das hört sich an, als würden die Star-Wars-Rebellen zum Vernichtungsschlag gegen das Imperium ausholen. Ist aber nicht so. Eher umgekehrt. Es ist das neuste Vorhaben von den Machern und Macherinnen der sang- und klanglos im bildungspolitischen Bermudadreieck versunkenen Fremd- und Selbstevaluation. Diesmal wollen sie die Qualität des Deutschunterrichts in den Stufen 3, 6 und 8 erheben. Dafür dürfen Schüler*innen dieser Stufen einen Onlinefragebogen ausfüllen, denn diesmal meinen sie es ernst!

denkt man als alter Lehrerhaudegen, die Dinge kommen, die Dinge gehen, ich mache einfach weiter! Aber falsch! Denn jetzt kommt etwas zum Einsatz, das ich mal als kultusministeriale Zangentaktik bezeichnen möchte.

Denn die Zentrale Erhebung fragt genau diese Qualitätssätze bei Schüler*innen ab. Sie dürfen ankreuzen, ob zutrifft: „Im Unterricht haben wir uns auf gemeinsame Verhaltensregeln geeinigt“ oder „Im Unterricht ist uns klar, was wir machen dürfen und was nicht“. Es gibt allerdings auch Fragen wie „Unsere Lehrkraft greift

beurteilt wurde und im gleichen Jahrgang die VERAs in Deutsch schlecht ausgefallen sind, was bedeutet das für die Lehrkraft der Klasse? Denn das Ziel der Statusgespräche ist eine Ziel- und Leistungsvereinbarung zwischen Schulamt und Schule. Ich stelle mir das vor wie diese Konferenz mit Darth Vader im Todesstern: „(Schnauf) Die Zielvereinbarung ist ein wirkungsvolles Machtmittel (Schnauf)!“ Und seien wir ehrlich: Wer wird wohl die Lasten dieser Vereinbarung tragen? Klar: Die Kolleg*innen. Die Bildungspolitik schlägt zurück.

War da nicht noch irgendetwas mit Lehrkräftemangel? Wäre ja möglich, dass auch das Einfluss auf die Unterrichtsqualität hat? Ich meine ja nur.

Jens Buchholz

Foto: LeventKonuk / iStock



Die Zentrale Erhebung muss man in das Expanded Universe der „Datengestützten Qualitätsentwicklung“ einordnen. Der erste Streich der „DQ“ war der „Referenzrahmen“, der von irgendwem, irgendwo in einer fernen Galaxie entwickelt wurde, um den Lehrkräften in Baden-Württemberg klarzumachen, wie guter Unterricht aussehen muss. 200 (oder so) in Stein gemeißelte Gebote für eine gute Schule, formuliert in sogenannten „Qualitätssätzen“. Im Qualitätsbereich 1 „Lehren und Lernen“ wird auch die Lehrperson und ihr Unterricht betrachtet. In 1.2.3 etwa wird erklärt, wie man mit Unterrichtsstörungen qualitativ hochwertig umgeht: „In die Erarbeitung von Regeln werden die Schülerinnen und Schüler miteinbezogen.“ oder „Die Schülerinnen und Schüler kennen die vereinbarten Regeln und die Konsequenzen, wenn sie diese nicht beachten.“ Ja, ja,

ein, bevor Störungen entstehen“, „Ich lerne viel in meiner Schule“ oder „Ich freue mich auf die Schule“.

Die Zangentaktik Zentrale Erhebung wird machttechnisch klug klassenweise durchgeführt. Die Rückmeldung der Ergebnisse geht an die Schulleitung. Diese hat damit eine Übersicht, wie die Schüler*innen den Unterricht und damit auch die Lehrkraft beurteilen. Ob die Schüler*innen da immer so objektiv sind? Dennoch verändert das den Blick der Schulleitung auf die Kolleg*innen, oder? Die Zentrale Erhebung wird eingespeist in das sogenannte „Schuldatenblatt“, in dem so allerhand Daten über die Schule gespeichert werden. Damit finden dann Statusgespräche zwischen Schulleitung und Schulamt statt. Und jetzt wird die taktische Zange zuge-drückt: Wenn einem Schulrat auffällt, dass der Deutschunterricht schlecht



01

GEW-Sommerfest



Fotos: Evi Mazziol und Marco Stritzinger



02

Mitte Juli lud die GEW wieder zum Sommerfest ein. Viele Gäste aus der Kultus- und Schulverwaltung, aus Politik, Presse, Gewerkschaften, Verbänden und dem GEW-Landesvorstand kamen gerne und nutzen die Gelegenheit zum ungezwungenen Austausch.

„Wir haben uns das Fest und die bevorstehende Sommerpause verdient. Wir waren erfolgreich und haben Grund zu feiern: Die Mitgliederentwicklung ist positiv, die Sommerferienarbeitslosigkeit ist weitgehend abgeschafft. Auf das Sekttrinken am ersten Ferientag mit den Landtagsabgeordneten, die für die Abschaffung gesorgt haben, freue ich mich. Gerne lade ich Sie von den Landtagsfraktionen jetzt schon für nächstes Jahr zu einem Sekt ein – wenn Sie geschafft haben, die Sommerferienarbeitslosigkeit der Referendar*innen auch zu beenden und A13/ E13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte beschlossene Sache ist“, sagte GEW-Landesvorsitzende Monika Stein zur Begrüßung. **█**



03

01 GEW-Landesvorsitzende Monika Stein, Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne)

02 Conny Schmidt, Ricarda Kaiser, David Warneck, Petra Kilian (alle GEW)



04



05

03 Thomas Poreski (Grüne), Susanne Posselt (GEW), Sebastian Kölsch (Landeselternbeirat)

04 Katrin Steinhülb-Joos (SPD), Sandra Boser (Staatssekretärin KM)

05 Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne), Doro Moritz (GEW)

06 Monika Stein, Michael Hirn (beide GEW), Maren Diebel-Ebers, Kai Burmeister (beide DGB), Andreas Stoch (SPD)



07 Daniel Born (SPD), Katrin Steinhülb-Joos (SPD), Norbert Brugger (Städtetag), Dennis Birnstock (FDP)

08 Johanna Henkel-Waidhofer (Journalistin), Rabea Sturm, Achim Brötz (GEW), Andreas Sturm (CDU), Alexander Becker (CDU)

09 Matthias Schneider (GEW), Stefan Fulst-Blei (SPD)

10 Stefan Küpper (Südwestmetall), Günther Klein (IBBW)

11 Andreas Stoch (SPD), Rainer Dahlem (GEW)



LEHRKRÄFTEEINSTELLUNG 2023

Viele Stellen bleiben unbesetzt

Die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften stellt sich dieses Jahr fast überall noch deutlich schlechter dar als in den vergangenen Jahren. Je nach Schulart und Standort muss mit dramatischen Versorgungslücken gerechnet werden. Besonders an den SBBZ, in der Inklusion und in Grundschulen wird der Personalmangel die Kollegien belasten.

Die Einstellungschancen im Land sind traditionell abhängig von den studierten Fächern und der Schulart. Immer mehr spielt inzwischen die Region eine Rolle, in der die Bewerber*innen arbeiten möchten. So auch in der Einstellungsrunde 2023. Neben dem allgemeinen Lehrkräftemangel ist daher die Unterrichtsversorgung vor allem in den weniger attraktiven Regionen Baden-Württembergs besonders problematisch. So erhalten Lehrkräfte mit sehr guter bis guter Gesamtqualifikation kein Einstellungsangebot, weil sie bei der Bewerbung ausschließlich beliebte Einstellungsbezirke angegeben hatten. Für viele freie Stellen gab es keine Bewerber*innen.

Grundschulen

Unterrichtsversorgung regional sehr unterschiedlich

Die Einstellungsrunde für die Grundschulen setzte 2023 fort, was bereits in den Vorjahren sichtbar wurde: Viele Lehrkräfte erhielten frühzeitig ein Einstellungsangebot in den sogenannten vorgezogenen Verfahren (z. B. schulbezogene Stellenausschreibungen). In diesem Jahr waren das 676 der 1.221 Stellen. Wieder gab es für die verbleibenden freien Stellen im Listenverfahren zu wenige Bewerber*innen. Die Zahl der Bewerber*innen, denen kein Einstellungsangebot gemacht werden konnte, stieg nochmal deutlich an. Inzwischen waren bei 172 Bewerber*innen in den gewünschten Einstellungsbezirken alle Stellen schon besetzt. Sie haben kein Angebot bekommen.

Ungebrochen attraktiv war für Bewerber*innen die Rheinschiene (Großräume Freiburg und Karlsruhe, sowie die Rhein-

Neckar-Region): Im Regierungsbezirk Tübingen gab es mit 23 Stellen vergleichsweise wenige Stellen für Grundschullehrkräfte. In Südbaden blieben vor allem in den Kreisen Rottweil, Schwarzwald-Baar, Waldshut und Tuttlingen viele Stellen ohne Bewerber*innen. Im Regierungsbezirk Stuttgart gab es in allen Einstellungsbezirken zusammen am Ende des Listenverfahrens noch 194 Stellen, für die es keine Bewerber*innen mehr gab.

Wenn jetzt noch eine wachsende Zahl der Bewerber*innen wie in den Vorjahren die Stellenangebote ablehnt, hat das in diesen Regionen massive Auswirkungen auf die Unterrichtsversorgung. Das neue Sondermodell zum Direkteinstieg Grundschule wird den Lehrkräftemangel in dieser Schulart nicht beseitigen.

Haupt-, Werkreal-, Real- und Gemeinschaftsschulen

Warum Bewerber*innen Stellenangebote nicht wahrnehmen

Der Trend der letzten Jahre setzt sich auch für die Schularten der Sekundarstufe 1 fort. Je nach Regierungsbezirk blieben nach dem Listenverfahren (fachspezifische Einstellung und Einstellung nach Gesamtqualifikation) selbst im Bezirk Karlsruhe mangels Bewerber*innen noch 22 Prozent der Stellen ohne Einstellungsangebot. Wieder am stärksten betroffen war im Listenverfahren der Bezirk Stuttgart. Für 76 Prozent der Stellen gab es keine Bewerber*innen. Landesweit konnte auch in der Sekundarstufe 1 für mehr als die Hälfte der Stellen kein Angebot gemacht werden. Demgegenüber stehen 101 Bewerber*innen, die aufgrund regionaler Einstellungswünsche kein Einstellungsangebot erhielten.

Nach wie vor geben viele Bewerber*innen ausschließlich die beliebten Regionen als Wunsch an. Sie nehmen in Kauf, kein Einstellungsangebot zu erhalten. Dabei spielen laut Rückmeldungen soziale und familiäre Gründe eine wesentliche Rolle. Aber auch der Wohnungsmangel oder die hohen Lebenshaltungskosten spielen für junge Lehrkräfte bei der Wahl der Einstellungsbezirke eine Rolle. In gefragten Einstellungsbezirken scheinen finanzielle Argumente wiederum kein Hinderungsgrund zu sein. Auch ländliche Regionen, in denen Wohnen und die Lebenshaltung günstiger wären, sind für Bewerber*innen trotzdem unattraktiv. Viele Kolleg*innen berichten von der Sorge, aus Mangelregionen über viele Jahre nicht mehr wegzusetzt zu werden. Auch scheint eine sichere Beamt*innenstelle nicht mehr so wichtig zu sein, wie das noch vor Jahren galt. Mehr Bewerber*innen nehmen berufliche Alternativen oder befristete Verträge und Gehaltseinbußen in Kauf, um in der Wunschregion leben und arbeiten zu können. Um diese Entwicklung aufzubrechen und die unbeliebten Regionen ausreichend mit Lehrkräften versorgen zu können, fordert die GEW seit mehreren Jahren ein Konzept der Landesregierung. Auch in der Sekundarstufe wird das neu aufgelegte Sondermodell zum Direkteinstieg in das Lehramt nur punktuell unterstützen, das Problem aber nicht lösen können.

Wie in den letzten Jahren gab es auch für die musisch-technischen Fachlehrkräfte insgesamt ein großes Angebot an Stellen, schwerpunktmäßig im Regierungsbezirk Stuttgart. Für die Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen standen wieder nur eine geringe Zahl an Stellen im Listenverfahren zur Verfügung. Im



Es ist jetzt schon klar, dass fehlende Lehrkräfte im nächsten Schuljahr den Alltag in Schulen weiterhin erschweren.

Regierungsbezirk Freiburg konnten für alle Stellen Angebote gemacht werden.

Sonderpädagogik

Bildungschancen verschlechtern sich

Der Lehrkräftemangel verschärft sich auch in diesem Jahr. Im ganzen Land fehlen immer mehr Sonderpädagog*innen. Eine Ausnahme bildet die Rheinschiene. Nur dort können die freien Stellen weitgehend besetzt werden. Im restlichen Land herrschen oft verheerende Zustände. So konnten zahlreiche Stellen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) nicht besetzt werden. Das wirkt sich auch auf die Versorgung der inklusiven Bildungsangebote aus. Für insgesamt rund 490 Stellen für Sonderpädagog*innen gab es nur 350 Bewerbungen. Bei den Fachlehrkräften war das Verhältnis mit 165 freien Stellen und 120 Bewerbungen ähnlich schlecht. Viele Bewerber*innen haben bereits vor der Einstellungssitzung des Kultusministeriums eine Stelle an einem privaten SBBZ angenommen. Das ist im sonderpädagogischen Bereich normal, da es in vielen Regionen nur private SBBZ gibt. Die meisten Lehrkräfte an den privaten SBBZ werden verbeamtet und an die Privatschule beurlaubt. Aber so konnten bei der Einstellung über die Bewerberliste für über 190 freie Stellen nur 41 Angebote für eine Stelle an einem staatlichen

SBBZ verteilt werden. Noch schlimmer ist es bei den sonderpädagogischen Fachlehrkräften. Hier konnten für 56 freie Stellen nur 4 Angebote gemacht werden. Insgesamt gibt es für die rund 650 freien Stellen im sonderpädagogischen Bereich nicht einmal 470 qualifizierte Bewerber*innen. Vor allem im Regierungsbezirk Stuttgart fehlen immer mehr Bewerber*innen. Das strukturelle Defizit (landesweit über 14 Prozent) wird sich wieder deutlich erhöhen. Von den Kürzungen der Stundenpläne und den Ausfällen im kommenden Schuljahr ganz zu schweigen. Durch die fehlenden Lehrer*innen an den SBBZ und in der Inklusion werden sich die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in Baden-Württemberg noch einmal massiv verschlechtern.

Gymnasien

Gute Einstellungschancen, sehr gute bei regionaler Flexibilität

Zum Schuljahr 2023 bewarben sich knapp 1.500 Gymnasiallehrkräfte (550 Neu- und 938 Altbewerber*innen) für den Schuldienst. 446 davon arbeiten bereits im Privatschuldienst und bewerben sich über das Listenverfahren für die Verbeamtung. Bleiben also 1.050 Gymnasiallehrkräfte, für die in diesem Jahr in verschiedenen Einstellungsverfahren knapp 750 Stellen an Gymnasien

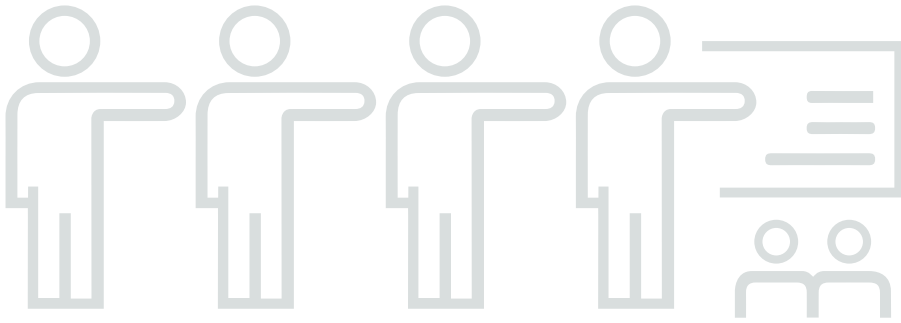
und 150 an Gemeinschaftsschulen zur Verfügung stehen. Von diesen Stellen sind 120 sogenannte „Mittelstellen“. Die Bewerber*innen werden als Tarifbeschäftigte eingestellt. Sie erhalten eine Übernahmegarantie ins Beamtenverhältnis zum Schuljahr 2024/25, wenn die beamtenrechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Da, wie in den Jahren zuvor, wahrscheinlich nicht alle Dienstanfänger*innen mit einem vollen Deputat beginnen, werden mehr Personen eingestellt. Ein kleiner Teil der Stellen kann an Härtefälle, Spitzensportler*innen und im an Schwerbehinderte vergeben werden. Darüber hinaus wird Gymnasiallehrkräfte auch angeboten, an beruflichen Schulen eingestellt zu werden. Die Einstellungschancen in den vier Regierungspräsidien (RP) sind wie in den letzten Jahren sehr unterschiedlich, jedoch deutlich besser als in den vergangenen Jahren. Im RP Stuttgart gab es mit etwa 300 Stellen die meisten Einstellungsmöglichkeiten. Mehr als zwei Drittel der Stellen wurden schon in vorgezogenen Sonderausschreibungsverfahren vergeben. Je knapp 180 Stellen entfielen auf das RP Karlsruhe und das RP Freiburg. Im RP Tübingen gab es etwa 120 Stellen. Auch fachspezifisch gibt es große Unterschiede. Die Fächer Mathematik und Deutsch beispielsweise haben dieselben Stundentafeln und damit einen identischen Bedarf. Allerdings bewerben sich etwa 420 angehende Lehrkräfte mit

Einstellungen und Bewerbungen						
	EINSTELLUNGEN			BEWERBUNGEN		
	2023			2022	2023	2022
Lehrkräfte	freie Stellen insgesamt	Angebote über Einstellungsliste	vorab eingestellte Personen	freie Stellen insgesamt		
Grundschulen	1.221	239	676	1.267	1.141	1.205
Haupt- / Werkrealschulen/Realschulen	1.057	174	630	1.099	977	1.030
Sonderpädagogik	488	41	297	591	354	401
Musisch-technische Fachlehrkräfte	483	37	370	226	57 nur Listenverfahren	94
Fach- / techn. Lehrkräfte Sonderpädagogik	165	4	109	227	118	96
Gymnasien	930 (davon 150 an GMS)	472 (davon 11 an GMS)	466 (davon 70 an GMS)	1.002 (davon 245 an GMS)	1.496 (minus 446 im PSD)	2.233
Berufliche Schulen	1.011 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL), 139 Technische Lehrkräfte (TL)	28 Wissenschaftliche Lehrkräfte	303 WL 105 Laufbahnbewerber*innen Berufliche Schulen 166 Gymnasiallehrkräfte 5 Sek I Lehrkräfte 3 Sonderschul-LK	1.045 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL), 220 Technische Lehrkräfte (TL)	388 Laufbahnbewerber*innen (304 Neu-, 84 Altbewerber*innen)	393 Laufbahnbewerber*innen (321 Neu-, 72 Altbewerber*innen)

Stand: 13.07.2023

dem Fach Deutsch, aber nur etwa 100 mit Mathematik. Mit Geschichte, das nicht in allen Klassenstufen und überwiegend nur zweistündig unterrichtet wird, bewerben sich 330. Vornehmlich in den Fächern Bildende Kunst, Physik und Mathematik bleiben einige Stellen unbesetzt. Viele Kolleg*innen bewerben sich nur sehr eingeschränkt regional, so decken sich die Bewerbungen nicht mit dem Bedarf in Mangelregionen. Wichtiger noch als eine gute Leistungsziffer ist die räumliche Flexibilität der Bewerber*innen, um ein Einstellungsangebot zu erhalten. Auch steigen die Chancen deutlich für diejenigen, die bereit sind, an einer anderen Schulart als dem Gymnasium eingesetzt zu werden. Wegen des akuten Lehrkräftemangels

machte das Ministerium den Bewerber*innen mit Lehramt Gymnasium auch in diesem Jahr zwei Angebote: Zum einen kann eine zusätzliche Laufbahnbefähigung als Grundschullehrkraft erworben werden. Nach Bestehen der Qualifikation im Arbeitnehmerverhältnis und einem insgesamt vierjährigen Verbleib im Grundschulbereich, erhalten die Lehrkräfte eine Übernahmegarantie für das gymnasiale Lehramt. Zum anderen kann eine zusätzliche Laufbahnbefähigung für das Sek-I-Lehramt an Hauptschulen, Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen erworben werden, allerdings ohne Übernahmegarantie ins gymnasiale Lehramt. Im Listenverfahren hätten rund 150 Gymnasiallehrkräfte an Gemeinschaftsschulen



eingestellt werden können. Es konnten aber nicht alle Stellen besetzt werden. Erfreulicherweise konnten die Verträge von etwa 10 seit mehreren Jahren befristet beschäftigten Nichterfüller*innen entfristet werden. Im gymnasialen Bereich betrifft das vor allem Kunst-Lehrkräfte. Die Bedingungen für das Entfristungungsverfahren haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verbessert: So ist die Mindestbeschäftigungsdauer auf 30 Monate verkürzt worden. Die Möglichkeit zur Entfristung soll es auch in den kommenden Jahren geben.

Die Gymnasien starten wie in den letzten Jahren mit vielen Vertretungslehrkräften ins neue Schuljahr. Daran wird sich in den kommenden Jahren kaum etwas ändern. Immerhin bekommen sie dank des Einsatzes der GEW die Sommerferien bezahlt, wenn ihr Vertrag bis zum 31. Dezember geschlossen wird und bis zum Ende des Schuljahres gilt. Insgesamt hat sich die Einstellungssituation für Gymnasiallehrkräfte im Vergleich zu den letzten Jahren entspannt. Über alle Verfahren und Schularten hinweg gibt es mehr Einstellungsmöglichkeiten als es Neubewerber*innen gibt. Dies wird vermutlich in den nächsten Jahren zu einem Bewerber*innen-Mangel führen. In einzelnen Fächern liegt der Mangel bereits vor. Lehrkräfte vor allem mit Bildende Kunst, Mathematik oder naturwissenschaftliche Fächern werden dringend benötigt.

Berufliche Schulen

Zahl der Bewerber*innen weiter rückläufig

An den Beruflichen Schulen (BS) werden insgesamt 1.208 Deputate frei, davon 956 Wissenschaftliche Lehrkräfte (WL) und 252 Technisches Lehrkräfte (TL). Aufgrund der zurückgehenden Schüler*innenzahlen schiebt das KM 80 Stellen in andere Schularten um. Im Gegenzug erhalten die Berufliche

Schule 35 zweckgebundene Deputate (24 Entlastung Schulleitungen, 11 Ausbau Erzieher*innenausbildung). Zudem wandelt das KM 113 TL-Stellen in 100 WL-Stellen um. Insgesamt können damit 1.011 WL- und 139 TL-Deputate besetzt werden.

Technische Lehrkräfte werden in aller Regel über den Direkteinstieg eingestellt. Dafür konnten bislang 87 Personen gewonnen werden, davon 63 im Gewerbe. Damit können aufgrund von Teilzeitarbeit 85 Deputate besetzt werden. Die Zahlen sind etwas niedriger als im vergangenen Jahr.

Die kritische Bewerberlage bei den Wissenschaftlichen Lehrkräften spitzt sich weiter zu. Bei den Laufbahnbewerber*innen (Vorbereitungsdienst Berufliche Schulen) haben sich 304 Neu- und 84 Altbewerber*innen beworben. Insgesamt konnten in den vorgezogenen Verfahren 303 Personen gewonnen werden. Weitere 28 haben im Listenverfahren ein Einstellungsangebot (23 Deputate) erhalten. Damit konnten ca. 267 Deputate (Teilzeitfaktor) besetzt werden. Bei den Neubewerber*innen ergibt sich eine Einstellungsquote von ca. 95 Prozent.

Traditionell werden an den Beruflichen Schulen Bewerber*innen aus dem allgemeinbildenden Bereich eingestellt. Gewonnen werden konnten 166 Gymnasialbewerber*innen, 5 mit Lehramt Sekundarstufe I und 3 Sonderpädagog*innen. Damit konnten 123 Deputate besetzt werden. Die Zahl der Einstellungen aus dem gymnasialen Bereich ist damit um 29 zurückgegangen. Einzelne Schulen haben (z.B. für das Fach Deutsch) in den Ausschreibungsverfahren nicht einmal eine Bewerbung erhalten.

Darüber hinaus konnten bislang 105 Direkteinsteiger*innen gewonnen werden, das sind deutlich weniger als im Vorjahr (144). Besonders problematisch ist der Rückgang bei den berufsbezogenen Fächern Gewerbe. Hier konnten nur noch 46 Personen gewonnen werden (2022: 78).

Insgesamt konnten bis Ende Juni rund 490 Deputate mit WL besetzt werden (Vorjahr ca. 580). Die restlichen Stellen werden im Nachrückverfahren bis in den September hinein ausgeschrieben. Darüber hinaus versucht man über Deputatsaufstockungen zusätzliche Stunden zu gewinnen. Stellen, für die keine Fachbewerber*innen gefunden werden, können in befristete Verträge umgewandelt werden. Auf diesem Wege können Stellen, die für dringend benötigte Mangelfächer gebraucht werden, für ein Schuljahr besetzt werden, ohne sie dauerhaft zu blockieren. Allerdings wird es auch hier immer schwieriger, geeignete Bewerber*innen zu finden. Außerdem wurden ca. 25 befristete Arbeitsverträge entfristet.

An den Beruflichen Schulen gibt es seit langem einen Bewerber*innenmarkt. Die Bewerber*innen haben sehr gute Einstellungschancen. Für die Unterrichtsversorgung wird die Situation aber immer schwieriger. Die Zahl der Referendar*innen an den Beruflichen Schulen ist 2023 erstmals unter 300 gefallen, rückläufig sind vor allem die Zahlen in den allgemeinbildenden Fächern. Am beruflichen Seminar in Stuttgart haben in diesem Jahr nur noch fünf Referendar*innen im Fach Deutsch ihre Ausbildung aufgenommen. Im Bereich Gymnasium hat sich ihre Zahl seit 2017 halbiert. Auch wenn die Einstellung über den Direkteinstieg traditionell Schwankungen unterliegt, sind die Zahlen nicht ermutigend.

In den Schulen wirkt sich der demographisch bedingte Fachkräftemangel aus. Man muss davon ausgehen, dass er sich in den kommenden 10 Jahren noch verschärft. Am Ende dieses Jahrzehnts werden rechnerisch für jede Person, die neu in das Berufsleben einsteigt, fast zwei Personen in den Ruhestand wechseln. Dieser Mangel lässt sich kaum ausgleichen – schon gar nicht kurzfristig.

Die sich abzeichnende Verschärfung des Fachkräftemangels darf aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Schulen können auf Dauer nur das leisten, wofür Personal vorhanden ist. Notwendig ist deshalb eine klare Festlegung von Prioritäten. Hier stehen das KM und der Landtag in der Pflicht, Vorschläge zu entwickeln. ▀

**Thomas Reck, Michael Hirn,
Farina Semler, Michael Futterer**

KOMMENTAR

Bildungsstandort gefährdet

Die Landesregierung muss ihrem Anspruch endlich gerecht werden, für Bildungsgerechtigkeit einzustehen. Abwarten, mit großen Augen zuschauen, wie sich der Lehrkräftemangel von Jahr zu Jahr verschärft, das darf und kann nicht das Mittel der Wahl sein. Das Land kann dem Bildungsanspruch von Kindern und Jugendlichen nicht mehr ausreichend gerecht werden. Das betrifft vor allem Kinder mit Behinderungen. In SBBZ und der Inklusion ist die Unterrichtsversorgung am schlechtesten.

Aber auch in den Grundschulen und Sekundarschulen spitzt sich die Situation deutlich zu. Damit ist der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen, die aus bildungsfernen Familien kommen oder die keine guten Startchancen ins Leben haben, besonders gefährdet. Die Lehrkräfte in Mangelbereichen und Mangelregionen sind durch ständige Arbeitsüberlastung am Limit. Gleichzeitig erleben sie die Folgen der unzureichenden Ausstattung der Schulen auf die Kinder und Jugendlichen. Wir sind in weiten Teilen Baden-Württembergs weit entfernt von der notwendigen 100-prozentigen Versorgung mit Lehrkräften. Besser und kein Luxus wäre eine Versorgung der Schulen mit 108 Prozent, damit Fortbildungen, Klassenfahrten und kurze Krankheitsfälle aufgefangen werden können, ohne die Unterrichtsversorgung zu gefährden.

Die Ausstattung mit Lehrkräften ist in den allgemeinbildenden Gymnasien noch deutlich besser. Die Einstellungschancen sind sehr gut, wenn die Bewerber*innen regional flexibel sind. Doch auch bei den Gymnasien gibt es Mangelfächer. Bei den Beruflichen Schulen ist die zurückgehende Zahl von Bewerber*innen beunruhigend und sollte zeitnah zu einer Aufgabenkritik führen, was die beruflichen Schulen überhaupt noch leisten können. Insgesamt betrachtet können wir nicht mehr nur von Engpässen reden. Der Bildungsstandort Baden-Württemberg ist zunehmend gefährdet, wenn die gesamte Landesregierung nicht schnellstens gegensteuert. Sie muss genügend Geld in

die Hand nehmen und richtig investieren. Seit vielen Jahren macht die GEW dem Kultusministerium Vorschläge zur Lehrkräftegewinnung und legt Lehrkräftebedarfsprognosen vor. Die ersten Prognosen haben sich weitgehend bewahrheitet, die neueste ist vom Herbst vergangenen Jahres. Diese Prognosen wurden bisher nicht ernst genommen. Stattdessen werden immer wieder Nebelkerzen gezündet, dass eine ausreichende Versorgung mit Lehrkräften beispielsweise im Grundschulbereich in den nächsten drei, vier Jahren erreicht würde. Das ist weder seriös, noch verbessert es die Bildungschancen der Schüler*innen.

Was die Landesregierung tun kann

- Bezahlung der Beschäftigten über die Sommerferien, wenn sie im September gebraucht werden. Dies gilt besonders für Referendar*innen.
- Deutlich mehr Studienplätze in allen Mangelbereichen. Sofort. Noch gibt es interessierte Bewerber*innen für diesen wunderbaren und erfüllenden Beruf.
- Mehr Anreize, um in Mangelregionen eine Stelle anzunehmen. Die Landesregierung kann dafür an einfachen Schrauben drehen: Arbeitszeit, Geld, kreative gemeinsame Lösungen mit den Schulträgern.
- Eine deutlich höhere Altersermäßigung. Dann könnten mehr Menschen bis zum Erreichen des Ruhestandsalters arbeiten.
- Mehr und bessere Qualifizierungsangebote für die nicht voll ausgebildeten Lehrkräfte, die seit Jahren den Schulbetrieb aufrechterhalten.
- Ein bezahltes Aufbaustudium Sonderpädagogik.
- A13/E13 für alle Grund- und Hauptschullehrkräfte.
- Einen besseren Seiteneinstieg für Grundschule und Sekundarstufe I. In der vorliegenden Konzeption ist die Unterrichtsverpflichtung zu hoch, und es fehlen berufs begleitende Qualifizierungsangebote.

Vieles davon ist einfach. Es kostet nur Geld. Dieses Geld sollte dem Land die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen wert sein.

Lehrer*in ist ein wunderbarer, in meinen Augen der schönste Beruf der Welt. Es müssen jetzt genügend Menschen dafür gewonnen werden, damit unsere Schulen und alle Schüler*innen genügend Lehrkräften haben. ■

Monika Stein

GEW-Landesvorsitzende

KITA-VERORDNUNG

Land ebnet Kitas keinen guten Weg

Das Land verlängert auf Drängen des Städte- und Gemeindetags die erweiterten Regelungen der Kita-Verordnung (KitaVO) um zwei weitere Kita-Jahre. Die GEW spricht sich entschieden gegen diesen Weg aus.

Steht die Mindestpersonalanzahl nicht zur Verfügung kann laut KitaVO bis zum 31. August 2025 folgende Regelungen vorgenommen werden:

- Eine Fachkraft kann nach Entscheidung des Trägers durch zwei Zusatzkräfte ersetzt werden. Dabei darf der Mindestpersonalschlüssel um nicht mehr als 20 Prozent unterschritten werden.
- Für einen Zeitraum von acht Wochen ist der Ersatz einer Fachkraft auch durch nur eine Zusatzkraft zulässig.
- Von der Gruppengröße kann abgewichen werden. Es dürfen nicht mehr als zwei Kinder pro Gruppe zusätzlich aufgenommen werden. Die Höchstgruppenstärke von 28 Kindern bei Halbtags- und Regelgruppen darf nicht überschritten werden.

fast **ein Viertel**
der **Fachkräfte**
verlassen innerhalb
der ersten **5 Jahre**
die Kita

Sogenannte „geeignete Personen“ können nach Ansicht der GEW keine Fachkräfte ersetzen. Auch einer doppelten Anzahl an Zusatzkräften fehlt die pädagogische Fachlichkeit. Der Fokus wird mit einer solchen Maßnahme auf die Betreuung und Aufsicht der Kinder gerichtet, nicht auf den Erziehungs- und Bildungsauftrag. Kindertageseinrichtungen können aber nur dann Bildungsbenachteiligung ausgleichen und zu mehr Bildungsgerechtigkeit beitragen, wenn ihre gute pädagogische Qualität strukturell abgesichert ist. Eine zentrale Forderung der GEW ist daher ein wissenschaftlich begründeter Fachkraft-Kind-Schlüssel.

Neben dem Qualifikationsniveau der Fachkräfte ist die Relation von pädagogischen Fachkräften zu den Kindern sowie die Größe der Gruppen entscheidend. Es ist deshalb pädagogisch nicht zu vertreten, die Gruppengröße anzuheben. Pädagog*innen können die Entwicklungsprozesse von Kindern dann positiv und förderlich begleiten, wenn sie sich den einzelnen Kindern bzw. kleinen Gruppen ungestört zuwenden können.

Welchen Weg schlägt die GEW vor?

Um dem Fachkräftemangel in Kindertageseinrichtungen wirksam zu begegnen, muss der Arbeitsplatz Kita attraktiv sein. So könnten Menschen, die sich für die Arbeit in der Frühkindlichen Bildung interessieren, gewonnen werden, und vor allem könnten sie dann in den Kitas gehalten werden.

Fast ein Viertel der Fachkräfte verlassen innerhalb der ersten fünf Jahre nach Berufsstart wieder das Arbeitsfeld. Das hat eine bundesweite Längsschnittstudie (ÜFA) ermittelt, die den Übergang von fachschul- und hochschulausgebildeten pädagogischen Fachkräften in den Arbeitsmarkt untersuchte. Ein Drittel

wechselt in diesem Zeitraum mindestens einmal die Stelle, und bei den akademisch ausgebildeten Frühpädagog*innen liegt der Anteil noch etwas höher. (Müller u. a. 2018)

Kitas brauchen Entlastung und Unterstützung, um den anspruchsvollen Auftrag umzusetzen, der sich aus dem Orientierungsplan ergibt. Helfen könnten zusätzliche Kräfte für Verwaltung und Hauswirtschaft, die nicht auf den Personalschlüssel angerechnet werden. Es gibt gute Erfahrungen mit Kitasozialarbeitenden, die Kinder und Eltern in herausfordernden Situationen unterstützen. Auch Gesundheitskräfte und Psycholog*innen könnten für jeweils einen Pool von Kitas eingeplant werden, um das Kitasystem zu entlasten und zu professionalisieren. Die GEW setzt sich schon lange für Funktionsstellen in Kitas ein. Expert*innen für Sprache, Inklusion, Elternarbeit, Anleitung hätten somit Aufstiegs- und Karriereermöglichkeiten. Kindheitspädagog*innen und andere Akademiker*innen könnten auf diesem Weg in der Kita gehalten werden. Der Arbeitsbereich Kita wäre eindeutig attraktiver.

Diese Maßnahmen gibt es nicht zum Nulltarif. Bund, Land und Kommunen müssten ein Vielfaches mehr in die Frühkindliche Bildung investieren. Das sollten uns unsere Kinder und die Menschen, die sie in ihrer Entwicklung begleiten, wert sein. ■

Heike Herrmann

GEW-Referentin für Kinder- und Jugendhilfe



*„Es könnte
runder und
effizienter laufen...“*

PILOTPROJEKT SCHULVERWALTUNGSASSISTENZ

Entlastung von Schulleitungen nicht in Sicht

Das Modellprojekt Schulverwaltungsassistenz belegt seit Jahren, dass Schulleitungen dadurch entlastet werden können (siehe S. 20). Ein Ausbau ist dennoch nicht in Sicht. Hans Dörr ist der unglaublich langsamen Entwicklung nachgegangen.

Hans Dörr

Vor 20 Jahren – im Jahr 2003 – hatte sich der Landesrechnungshof in einer Denkschrift mit der Frage befasst, wie Schulleitungen an allgemeinbildenden Schulen ihre Aufgaben bewältigen. 75 Prozent der 470 befragten Schulleitungen äußerten den Wunsch nach einer „Schulassistenz“. Georg Wacker, der bildungspolitische Sprecher der damaligen Regierungsfraktion CDU sprach Anfang April 2003 davon, man wolle zu Schuljahresbeginn 2004/05 einen Testlauf an etwa 10 Standorten beginnen. Kultusministerin Schavan ließ mitteilen, ihr Ministerium erörtere in einer Arbeitsgruppe mit den kommunalen Spitzenverbänden, „welche Tätigkeiten nicht zwingend von der Schulleitung selbst zu erledigen seien und daher auf einen Schulleitungsassistenten übertragen werden können.“ (b&w 5/2004, S. 22). Die Arbeitsgruppe solle „die Rahmenbedingungen für einen Pilotversuch“ entwickeln.

Drei Jahre später – im Schuljahr 2006/07 – startete der Pilotversuch mit 13 Schulen. Aktuell sind noch 8 Schulen im Boot. Die Öffentlichkeit erfuhr in 17 Jahren ziemlich wenig. Wer gezielt sucht, findet einige Informationen in den jeweiligen

Koalitionsvereinbarungen, in einer Stellungnahme des Landesrechnungshofs, in äußerst wenigen Landtagsanfragen und in Äußerungen des baden-württembergischen Gemeinde- und Städtetags und der GEW.

Der Koalitionsvertrag 2006 zwischen CDU und FDP/DVP erwähnt die Schulverwaltungsassistenz überhaupt nicht. Die Koalitionsvereinbarung 2011 formuliert immerhin schon: „Wir wollen das Berufsbild Schulleitung entlang seiner veränderten Anforderungen weiterentwickeln.“ Die Koalitionsvereinbarung 2015 wird noch ausführlicher: „Wir wollen (...) die Bedingungen für die Arbeit der Schulleitungen verbessern ..., indem wir ihnen mehr Raum für die innere Entwicklung ihrer Schulen geben. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben erreichen.“ Die Koalitionsvereinbarung 2021 möchte die „Schulleitungen zukunftsfähig aufstellen“ und kündigt an: „Den Modellversuch Schulverwaltungsassistenz werden wir gemeinsam mit den Kommunen auswerten und an weiteren großen Schulen die Einführung von Verwaltungsassistenten ermöglichen.“

In der Landtagsanfrage der CDU-Abgeordneten Sabine Kurtz vom 08.10.2009 zur „Situation und Weiterentwicklung im Bereich der Schulleitungen“ steht: „Der Schulversuch Schulverwaltungsassistenten (...) endete mit Ablauf des Schuljahres 2008/09.“

Positive Ergebnisse nicht wahrgenommen

8 von 10 Schulträgern beurteilten damals das Modell nach zweieinhalb Jahren Versuchsphase positiv. Bis zu einer Entscheidung, ob die Schulverwaltungsassistenten landesweit eingeführt werden kann, konnten die am Versuch beteiligten Schulen – auf Antrag – den Versuch für das Schuljahr 2009/10 verlängern. Der öffentlich kaum wahrgenommene Schlussbericht zum Versuch wurde vom Ministerrat zur Kenntnis genommen. Das Kultusministerium und das Finanzministerium wurden beauftragt, „die Parameter für eine landesweite Einführung des Schulverwaltungsassistenten zu erarbeiten (...) und das Ergebnis erneut dem Ministerrat vorzulegen.“

Fünf Jahre später schreibt der Landesrechnungshof in seiner „beratenden Äußerung“ vom August 2014 zum Thema „Unterstützungsleistungen für Schulleitungen“: „Der Schulversuch dauert an. Das Kultusministerium hat bisher keine abschließende Entscheidung über den Versuch getroffen.“ Der Rechnungshof empfiehlt der Landesregierung: „Für eine Entlastung der Schulleiterinnen großer Schulen sollte ausreichende Unterstützung, möglichst durch Schulverwaltungsassistenten, angestrebt werden.“ Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen greift dieses Votum in seiner Beschlussempfehlung vom 21.01.2015 auf und schlägt der Landesregierung vor „für große Schulen eine ausreichende Unterstützung durch Schulverwaltungsassistenten anzustreben“.

Drei Jahre später hakt die FDP-Fraktion in einem Antrag „Entlastung von Schulleitungen“ vom 22.02.2018 nach. Die Landesregierung soll Gespräche mit den Kommunen über den Ausbau der Schulverwaltungsassistenten aufnehmen. Die Kultusministerin Susanne Eisenmann teilt lapidar mit: „Der Modellversuch Schulverwaltungsassistenten der letzten Jahre hat sich aus Sicht der daran Beteiligten bewährt. Der Status quo soll daher mindestens erhalten bleiben, und die bestehenden Versuche werden auf Antrag verlängert. (...) Die Frage eines durch das Kultusministerium angestrebten Ausbaus der Schulverwaltungsassistenten wird aktuell im Rahmen des Gesamtkonzepts ebenfalls diskutiert (...). Bei einer flächendeckenden Umsetzung des Schulverwaltungsassistenten an großen Schulen sind nach Schätzungen des Kultusministeriums Kosten in einer Größenordnung von ca. 12 Mio. Euro zu erwarten (...) Im Falle eines geplanten Ausbaus der Schulverwaltungsassistenten werden zum gegebenen Zeitpunkt Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden aufgenommen werden.“

„Das Lamento des Kultusministeriums über die schwierige Suche nach Schulleitern passt nicht zu der Zurückhaltung bei den Schulverwaltungsassistenten.“



Anfang November 2019 fordert der baden-württembergische Städtetag, der Einsatz von Schulverwaltungsassistenten müsse wiederbelebt werden. „Solche Verwaltungsfachleute könnten die durch immer neue Aufgaben geforderten Schulleiter unterstützen und so den anstrengenden Job für Interessenten attraktiver machen“, sagte der Bildungsdezernent des Verbandes, Norbert Brugger, der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Stuttgart. „Jahre nach dem Start eines Schulversuchs sollten wir uns nochmals die Vorteile dieser Einrichtung vor Augen führen und mit der Landesregierung ein langfristiges Konzept erarbeiten.“ Darin müsse auch die Finanzierung geregelt werden. Beim Kultusministerium stößt der Städtetag laut dpa

„prinzipiell auf offene Ohren“. „Mittelfristig“, so Kultusministerin Eisenmann, sehe ihr Konzept zur Stärkung der Schulleitungen einen Ausbau dieser Unterstützung vor. Sie wolle Einvernehmlichkeit mit der kommunalen Seite auch in der Frage der Finanzierung. Die Assistenten fielen aber als nicht-pädagogisches

Personal ausschließlich in die Verantwortung der kommunalen Schulträger. Leistungen des Landes seien freiwillig. Der Städtetag will die Unterstützung nicht nur – wie das Kultusministerium – auf die großen Schulen ab 1.000 Schülern oder 70 Lehrkräften begrenzt wissen. Das wären meist Gymnasien oder Berufliche Schulen. Bei 400 Schulen im Land würden die Kriterien erfüllt. Bedarf bestehe auch in den restlichen 4.000 Schulen, betonte damals Norbert Brugger vom Städtetag. Dort könnte es Gemeinschaftslösungen geben mit der Zuständigkeit einer Assistenten für mehrere Schulen. Überdies möchte der Kommunalverband die Arbeit des Verwaltungsassistenten

Norbert Brugger

Städtetag Baden-Württemberg



finanziell aufwerten: Derzeit sei er sieben Besoldungsstufen unter dem Schulleiter angesiedelt. (...) Bislang hätten die Schulen ihren Kostenanteil über die Kürzung der Anrechnungsstunden für Schulleiter*innen erbracht, erläuterte Brugger. Deshalb sei das Interesse an dem Projekt auch gering gewesen. Künftig müssten das Land und die Kommunen zu einer ausgewogeneren Finanzierung kommen. Brugger resümierte: „Das Lamento des Kultusministeriums über die schwierige Suche nach Schulleitern passt nicht zu der Zurückhaltung bei den Schulverwaltungsassistenten.“

Schulverwaltung in die Hände von Verwaltungsexpert*innen

Vor der Landtagswahl 2021 legte der Städtetag noch einmal nach: „Die pädagogische Leitung muss gestärkt werden, die Schulverwaltung gehört in die Hände von Verwaltungsexperten, auch zur Entlastung der Schulleitung. Der seit vielen Jahren in Erprobung befindliche Einsatz von Schulverwaltungsassistent*innen ist aufgrund der neuen Möglichkeiten digitaler Verwaltung neu zu bewerten.“ Bildungsdezernent Norbert Brugger ist im April 2023 nach wie vor der Auffassung: „Eine Neubewertung und Ausweitung des Projekts Schulverwaltungsassistent ist nötig.“ Wann die Ausweitung aber kommen wird, steht in den Sternen. Auf eine

Frage zum aktuellen Stand antwortete das Kultusministerium im März 2023: „In der zweiten Jahreshälfte 2022 wurde das Modellprojekt „Schulverwaltungsassistent“ evaluiert. In der Folge wird das Tätigkeitsprofil nachgeschärft. Eine gewisse Schärfung und Vereinheitlichung des Stellen- und Aufgabenprofils wäre Voraussetzung für einen zielgerichteten Ausbau. Über einen solchen flächendeckenden Ausbau ist noch nicht entschieden worden, die Modellphase läuft in den Haushaltsjahren 2023 und 2024 wie bisher weiter. Ob mit zusätzlichen Landesmitteln ein flächendeckender Ausbau der Schulverwaltungsassistentenz erfolgen soll, darüber entscheidet der Haushaltsgesetzgeber gegebenenfalls im Zuge der Aufstellung künftiger Haushalte, also ab 2025. Mit Blick auf dann zur Verfügung stehende Ressourcen könnte auch über die konkreten Rahmenbedingungen des Ausbaus befunden werden.“



Hans Dörr,
ehemaliger verantwortlicher b&w-Redakteur und lang-
jähriger GEW-Kreisvorsitzender Esslingen/Nürtingen

SCHULVERWALTUNGSASSISTENZ

Für alle ein Gewinn

Seit 2006 läuft die Schulverwaltungsassistenz als Modell. Das Bildungszentrum Weissacher Tal setzt eines von 8 Pilotversuchen seit Jahren um. Schulleitung, Träger und Schulverwaltungsassistentin Cornelia Wöhrle sind absolut zufrieden. Eine Erfolgsgeschichte.

Andrea Toll



von links: Reinhold Sczuka (vertritt den Schulträger), Ralf Bachmeier (Schulleiter) und Cornelia Wöhrle (Schulverwaltungsassistentin)

„Frau Wöhrle entlastet uns sehr und es ist eine riesige Erleichterung, dass sie die Administration verantwortet. Als unsere Schnittstelle zum Träger übernimmt sie die Verhandlungen mit ihm und noch viele andere Aufgaben. Für uns ist Frau Wöhrle Beraterin, Verwalterin und Problemlöserin.“

Ralf Bachmeier
Schulleiter der Gemeinschaftsschule

Kann es sein, dass es einfach nur gut läuft? Keine Kritikpunkte? Kein Ja-aber? Am Bildungszentrum Weissacher Tal (Bize) ist die b&w bei der Recherche zur Umsetzung einer Schulverwaltungsassistenz auf so einen Fall gestoßen. 2016 übernahm Cornelia Wöhrle dieses Amt. Sie zog dafür aus dem Kreis Göppingen, wo sie als Kämmerin gearbeitet hat, ins Remstal. „Es war der beste Schritt in meinem Leben“, formuliert es die 54-Jährige. Wie es scheint, hat Wöhrle einen

Volltreffer gelandet: abwechslungsreiche Aufgaben, konstruktive Zusammenarbeit mit den drei Schulleitern und dem Träger, eine Schule im Topzustand mit Lage im Grünen.

Wir wollen uns das Bildungszentrum mit Gemeinschaftsschule, Gymnasium und Realschule genauer anschauen und treffen uns mit Cornelia Wöhrle, Ralf Bachmeier und Reinhold Sczuka. Bachmeier leitet die Gemeinschaftsschule seit 2013. Sczuka ist Vorsitzender des Zweckverbands „Bildungszentrum Weissacher Tal“, der Schulträger ist und sich aus den Gemeinden Althütte, Allmersbach im Tal, Auenwald und Weissach zusammensetzt. 95 Prozent der rund 1.200 Schüler*innen kommen aus den vier Gemeinden. „Das zeigt uns, dass das Bize einen sehr guten Ruf hat. Hier läuft es rund“, betont Sczuka, der nicht nur Vorsitzender des Zweckverbands, sondern seit 1993 auch Bürgermeister von Althütte ist.

Das liegt auch daran, dass die drei Schulleiter Zeit haben, sich um ihre originären Aufgaben wie die Schulentwicklung zu kümmern. Zu tun gibt es genug und die Schulleiter haben die Kapazität, sich darum zu kümmern, was zum großen Teil auch an der Schulverwaltungsassistentin liegt. „Frau Wöhrle entlastet uns sehr und es ist eine riesige Erleichterung, dass sie die Administration verantwortet. Als unsere Schnittstelle zum Träger übernimmt sie die Verhandlungen mit ihm und noch viele andere Aufgaben. Für uns ist Frau Wöhrle Beraterin, Verwalterin und Problemlöserin“, erklärt Bachmeier und er klingt sehr zufrieden.



Cornelia Wöhrle entlastet Schulleitung und Träger unter anderem mit Haushaltsplanung, Abrechnungen, Personalgewinnung, Technik und vielem anderen mehr.

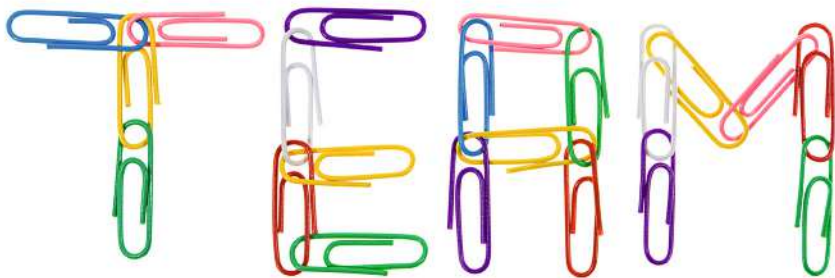
Da Wöhrle ihr Büro im Schulzentrum hat, sind die Wege kurz – in doppelter Hinsicht. Haben Bachmeier oder seine Kollegen eine Projektidee, brauchen sie nur 20 Meter weit zu gehen, um sich mit Wöhrle zu besprechen. Sie müssen damit nicht bis zur nächsten Zweckverbandssitzung warten, um dort vorzusprechen. Wöhrle kann gleich ihre Einschätzung geben, was funktioniert und was nicht. „Durch meine Erfahrungen als Kämmerin weiß ich, wie Projekte angestoßen werden, was der Träger wissen möchte und wo ich Fördermittel beantragen kann“, gibt Wöhrle zu verstehen.

Grünes Klassenzimmer für den Außenbereich

Bestes Beispiel ist das grüne Klassenzimmer, das in nur eineinhalb Jahren auf die Beine gestellt und in diesem Frühjahr eingeweiht wurde. Bachmeier und seine Kolleg*innen entwickelten das pädagogische Konzept. Als Naturparkschule hat das Bize einen umweltpädagogischen Schwerpunkt und kooperiert mit dem Naturpark Schwäbisch-Fränkischer Wald. Um

die Schüler*innen für Umwelt und Natur zu sensibilisieren, soll es im grünen Klassenzimmer kontinuierliche Angebote geben. Gerade finden dort Bienen-, Naturpark- und Draußen-sein-AGs statt. Auch über Tierhaltung, zum Beispiel mit Hühnern, denkt Bachmeier nach. Im grünen Klassenzimmer wäre genug Platz dafür.

Wöhrles Part war, Kontakt zu den Architekt*innen und Planer*innen aufzunehmen, die Baugenehmigung einzuholen, sämtliche Abläufe zu koordinieren und Zuschüsse zu beantragen. Alles in allem kostete das Holzhaus, das auf dem weitläufigen Gelände der Schule steht, 150.000 Euro. 30.000 Euro Spendengelder konnten mit einfließen. „Ich hätte gar nicht gewusst, wie man das macht, und bin froh, eine Expertin an der Seite zu haben, die sich in allen Finanzfragen gut auskennt“, erklärt Bachmeier offen. Und was sagt Wöhrle dazu? „Dass alles so gut geklappt hat, macht mich stolz.“ Ihrem Pragmatismus ist es auch zu verdanken, dass während der Sommerferien oder an Wochenenden die offene Jugendwerkstatt im



Lutz-Gürtler-Pavillon stattfinden kann, bei der Senior*innen Schüler*innen des Bize vermitteln, wie sie richtig mit Werkzeug umgehen. Da in dieser Zeit der Großputz in der Schule ungestört stattfinden soll, sorgte Wöhrle für externe sanitäre Einrichtungen, die die Teilnehmer*innen der Jugendwerkstatt nutzen können.

Viel Verantwortung und lange Aufgabenliste

Das ist aber bei weitem noch nicht alles, was in ihrem Verantwortungsbereich liegt. Zusätzlich ist die quirlige Schulverwaltungsassistentin für die Haushaltsplanung und die Jahresabrechnungen zuständig. Zudem erstellt sie Statistiken, rechnet Versicherungsfälle ab und ist verantwortlich für die Buchführung. Braucht die Schule Personal, zum Beispiel Reinigungskräfte oder Schulsozialarbeiter*innen, läuft das – von der Stellenausschreibung über das Bewerbungsverfahren bis hin zur Einstellung – ebenfalls über Wöhrles Schreibtisch. Muss etwas repariert oder angeschafft werden, ist Wöhrle auch dafür zuständig, ebenso für Vertretungen, wenn eine Reinigungskraft krank ist oder Urlaub hat. Und gerade hat sie dafür gesorgt, dass der Landschaftsplaner den Bauzaun auf dem Schulhof versetzt. „Das läuft hier wirklich alles super. Die Schule ist sauber und gepflegt, und das Angebot neben dem Schulbetrieb ist mit Mensa und Bibliothek sehr gut. Die Schüler*innen sind zufrieden, was uns als Träger sehr wichtig ist“, hebt Sczuka hervor.

Die Schulgebäude und das Gelände sind nicht nur gut in Schuss, sondern auch technisch auf dem neuesten Stand, was Sczuka ebenfalls ein Anliegen ist. „Der Zweckverband schaut danach, dass alles auf dem Laufenden ist. Das Bize verfügt über ein Blockheizkraftwerk, LED-Beleuchtung und seit Corona über moderne Belüftungsanlagen in jedem Klassenzimmer.“ Dass die Schule dafür Zuschüsse bekommen hat, geht ebenfalls auf Wöhrles Konto.

Spontan, offen und geduldig

Bei dem großen Verantwortungsbereich liegt die Frage nahe, ob ihr die Arbeit manchmal zu viel und die Belastung zu hoch ist. „Meine Arbeitstage sind zwar lang, aber das belastet mich selten, denn das Umfeld ist sehr angenehm und die Zusammenarbeit funktioniert gut“, versichert Wöhrle. Was sie zurzeit umtreibe, sei das neue Haushaltsrecht. Auch die Corona-Zeit

sei hart für sie gewesen, da sie vieles allein und eigenverantwortlich habe entscheiden müssen. „Da habe ich auch mal kurzentschlossen Tests für 30.000 Euro gekauft, da wir sie dringend brauchten. Sonst hätten wir den Schulbetrieb nicht aufrecht erhalten können“, berichtet Wöhrle. Ihre Spontankompetenz kommt ihr in ihrem Job zugute genauso wie ihre Offenheit und Geduld. „Manchmal ist es schwierig, zwischen Pädagogen und Verwaltung zu vermitteln. Da braucht man auch mal ein dickes Fell“, gibt Wöhrle zu und lacht.

Das ist wirklich der einzige Punkt, wo es manchmal zu knirschen scheint. Von Bachmeier und Sczuka kommt kein einziges kritisches Wort. „Wenn Sie mich fragen, welche Kritikpunkte ich habe: absolut keine“, sagt der Schulleiter mit Nachdruck. Vielmehr setzen sich alle Parteien dafür ein, dass die Stelle auch weiterhin vom Land bezuschusst wird. Da es sich um einen Modellversuch handelt, muss die Schule jedes Jahr erneut einen Antrag dafür stellen und zusätzlich eine Stellungnahme formulieren – seit 2006! Wöhrles Vorgänger und Vorgängerin waren wie Wöhrle eine große Entlastung für die Schulleitung.

Digitalisierung steht an

Auch wenn die Schule und Wöhrle viel auf den Weg gebracht haben: neue Projekte stehen immer an. Zurzeit ist das Thema Digitalisierung besonders dringend. Im ganzen Schulgebäude soll das WLAN ausgebaut werden, da bei der Anzahl der Schüler*innen die Access Points nicht ausreichen. Bachmeier möchte außerdem sämtliche Beamer ersetzen und stattdessen Displays installieren, die über Tablets bedient werden. Wie es sich im gemeinsamen Arbeitsalltag bewährt hat, entwickeln die Schulleiter zuerst ein Konzept, dann stellen sie es Wöhrle vor – und sie sagt, was sie für machbar hält und was nicht. Meistens finden sie einen Weg. ■



Andrea Toll,
Journalistin und Texterin
www.textwerkstatt-ulm.de



meine Aufgabe ist“, erklärt Gabler. Wenn sie das in einer Dienstbesprechung anspreche, würde es heißen: „Sie müssen das nicht machen.“ Wie Martina wünscht sie sich auch ein wenig mehr Wertschätzung ihrer Arbeit, auch finanzieller Art. „Vielleicht ist das ja die Ursache dafür, dass inzwischen so oft Stellenausschreibungen für Schulsekretär*innen in unserer Zeitung zu sehen sind“, vermutet Gabler.

Martina Müller wirft ein: „Das Gehalt ist das eine. Mich ärgert aber noch mehr. Während Corona haben viele meiner Bekannten in der Stadtverwaltung Homeoffice gemacht. Bei uns geht das nicht. Es nervt mich, dass ich immer nur Urlaub in der Hauptsaison machen kann. Das ist in meinem Gehalt aber nicht eingepreist. Eigentlich steht es mir zu, über einen Teil meines Urlaubs frei zu verfügen – also auch mal ein paar Tage während Unterrichtszeiten frei zunehmen. Dazu gibt es sogar ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts. Aber davon weiß anscheinend niemand.“

KOMMENTAR

Im Schnecken tempo

Wenn alles so einfach wäre wie in den Sonntagsreden... Dort fehlt es nicht an Anerkennung für die Bedeutung der Schulleitungen und wie wichtig es ist, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. In Sonntagsreden mangelt es nie an Zeit und Strukturen für die Leitung und Verwaltung einer Schule. Wenn es nach den Ankündigungen ginge, wären gut ausgebildete, angemessen bezahlte Sekretär*innen mit ausreichend Arbeitszeit, Hausmeister*innen, die sich kompetent und engagiert um alle Belange der Schulgebäude und -gelände kümmern oder Schulverwaltungsassistent*innen an allen Schulen längst selbstverständlich. In der Realität sind die Schulleitungen immer noch überlastet, wird es immer schwieriger, qualifizierte Sekretär*innen zu finden, Hausmeister*innen sind an Schulen viel zu wenig präsent und der Einsatz von Schulverwaltungsassistent*innen wird seit nunmehr 17 Jahren nur an acht sehr großen Schulen erprobt. Wie lange eigentlich noch?

Zugegeben: Für die Schulleitungen hat sich etwas getan. Kultusministerin Susanne Eisenmann hat in der letzten Legislaturperiode ein Konzept zur Stärkung der Schulleitung vorgelegt. Von den Schritten, die das Land alleine verantwortet und bezahlt, wurden viele in der letzten und der aktuellen Legislaturperiode von Kultusministerin Theresa Schopper umgesetzt. An vielen Schulen werden die Leitungen besser bezahlt, neue Leitungsstellen für Konrektor*innen und Abteilungsleiter*innen wurden geschaffen und die Leitungszeit wurde erhöht. Das erkennen wir an. Aber es reicht noch nicht.

Bei allen Veränderungen, die Land und Kommunen gemeinsam verantworten, herrscht völliger Stillstand. Regelmäßig wird auf eine Arbeitsgruppe Schulträgerschaft für das 21. Jahrhundert verwiesen, in der sich Land und Kommunen über die bessere Unterstützung für Schulen einigen sollen. Es ist wie bei der Papstwahl: Alles passiert im Verborgenen und man sehnt sich nach dem weißem Rauch, der eine Einigung verkündet. Allerdings wird jeder Papst schneller gewählt als sich Land und Kommunen verständigen. Jahr für Jahr wird ein Ergebnis angekündigt. Bisher: Fehlanzeige. Man muss kein Hellseher sein: Es geht ums Geld. Und da helfen Sonntagsreden halt nicht. Land und Kommunen müssen endlich Entscheidungen treffen und handeln. Was Schulen brauchen, ist einfach: Besser bezahlte Sekretär*innen mit mehr Zeit. Hausmeister*innen, die selbstständig und kompetent arbeiten. Schulverwaltungsassistent*innen an allen Schulen, kleinere Schulen können dafür zu Verbänden zusammengefasst werden. Für Leitungsstellen an Schulen gibt es immer weniger Bewerber*innen. Zusammen mit der immer offensichtlicheren Überlastung der Schulleitungen gefährdet das die Arbeit der Schulen. Viele Schulleiter*innen ziehen sich zurück, lesen nicht mehr alle E-Mails, bearbeiten Vorgänge nur der Form halber. Wenn Schulleitungen nicht mehr Zeit für das Kerngeschäft, die Leitung einer Schule und deren pädagogische Weiterentwicklung bekommen, werden die Landesregierung und die Schulträger ihre bildungspolitischen Ziele nicht erreichen. Die Sonntagsreden werden dann noch unrealistischer. ▮

Michael Hirn

Stellvertretender Landesvorsitzender

Schulverwaltungssoftware funktioniert immer noch nicht richtig

Ein großer Aufreger bei allen dreien ist die Einführung der einheitlichen Schulverwaltungssoftware ASV-BW. Daran probiert das Land seit 2006 herum. Viele Schulen hatten das Programm jahrelang auf freiwilliger Basis erprobt. Seit Schuljahresanfang 2022/23 ist die Verwendung von ASV-BW Pflicht. Überraschend hatte das Kultusministerium 2022 die Pflicht zur Elektronischen Schulstatistik (ESS) noch einmal um ein Jahr verschoben. Die gewonnene Zeit sollte für technische Optimierungen genutzt und die Betreuung der Schulen verbessert werden.

Martina Müller ist computer-affin und kennt sich mittlerweile so gut mit ASV-BW aus, dass die Stadt sie gebeten hat, sich für andere Schulsekretärinnen als Administratorin und Auskunftsperson zur Verfügung zu stellen. ASV-BW ist ein komplexes Programm. Es ermöglicht, Schüler*innen- und Lehrkräftedaten zu verwalten, Klassen, Arbeitsgemeinschaften und Oberstufenkurse zu organisieren, Stundenpläne zu gestalten, Zeugnisse zu konfigurieren, Noten online zu erfassen und Statistiken zu führen. Bei all diesen Aufgaben soll das ASV-BW Arbeitserleichterungen für die Verwaltung bringen. Außerdem soll das Programm den Informationsfluss zwischen Schulen und Verwaltung verbessern. Leider funktioniert ASV-BW immer noch nicht so, wie es sollte.

Martina Müller macht das an einem alltäglichen Vorgang klar: „Eine Schülerin wechselt die Schule – meine Kollegin an der Nachbarschule benötigt ihre Daten. Das müsste eigentlich schnell gehen. Schnell geht bei ASV-BW aber meist gar nichts mehr – im Gegensatz zum Schulverwaltungsprogramm, das wir vorher verwendet haben. Für den Datenexport speichert ASV-BW eine Excelliste im Format Excel 97. Damit ich diese Liste aber als Dateianhang verschicken kann, muss ich sie zuerst in ein neueres Excel-Format speichern, sonst kommt der Anhang nicht an. Meine Kollegin an der Nachbarschule ändert das Format dann wieder in Excel 97 und erst dann kann sie die Liste ins Programm einlesen. Ganz schön umständlich.“ Bei den Machern von ASV-BW ist dieses Problem bekannt. Aus Kostengründen wird sich daran aber bis auf weiteres nichts ändern. Obwohl ihr klar ist, dass dieser Wunsch nicht erfüllbar ist, wirft Amelie Aigner in die Runde: „Ich würde am liebsten mit unseren bewährten Programmen weiterarbeiten, um alle notwendigen Daten für die Statistik bereitzustellen – und ASV-BW importiert dann die Daten.“

Schulverwaltungsassistenz als Aufwertung

Bei unserem Gespräch kommen die drei auch auf das Thema „Schulverwaltungsassistenz“ zu sprechen. Da sei doch mal die Rede davon gewesen, dass Schulleitungen an größeren Schulen durch Schulverwaltungsassistent*innen entlastet werden sollen. Amelie Aigner meint: „Viele der Tätigkeiten der Schulverwaltungsassistenz werden heute schon von den Schulsekretärinnen gemacht für ein viel kleineres Gehalt.“ Viele Schulsekretärinnen könnte man doch zu Schulverwaltungsassistentinnen weiterqualifizieren. Damit wäre eine finanzielle Aufwertung

verbunden, schlagen sie vor. Es sieht allerdings nicht danach aus. Die flächendeckende Umsetzung des Projekts liegt nach 17 Jahren immer noch auf Eis (s. Artikel auf S. 17).

Was tun, um mehr Wertschätzung und eine andere Eingruppierung zu erreichen? Die drei Frauen machen sich keine allzu großen Hoffnungen, wollen aber dennoch versuchen, Verbindung zu den anderen Schulsekretärinnen in der Kommune und auch in Nachbarkommunen herzustellen. Danach wollen sie mit ihrem Anliegen an die der Stadtverwaltung herantreten und später auch mit den Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises sprechen.

*„Viele der Tätigkeiten
der Schulverwaltungsassistenz
werden heute schon von den
Schulsekretärinnen gemacht
für ein viel kleineres Gehalt.“*

Obwohl ihnen klar ist, dass sie nur etwas erreichen, wenn sie sich gewerkschaftlich organisieren, sind sie bisher noch nicht bei Verdi eingetreten. Dort kümmert sich die Fachgruppe Schulen um die Belange der Beschäftigten des kommunalen Schulträgers. Das sind in erster Linie die Schulhausmeister*innen und die Verwaltungskräfte in den Schulsekretariaten. Themen, die hier behandelt werden, sind die Stellenbemessung, die Stellenbewertung und Arbeitszeitfragen.

Am Ende des Gesprächs sind sie optimistisch, voranzukommen. Kurze Zeit nach unserem Austausch haben sie Kontakt zu Verdi aufgenommen. ■

ENQUETEKOMMISSION „KRISENFESTE GESELLSCHAFT“ IM LANDTAG

„Wir reden gerne über mögliche Lösungen“

Welche Lehren sind aus zweieinhalb Jahren Pandemiebekämpfung zu ziehen? Dieser Frage ging die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ in ihrer öffentlichen Sitzung am 30. Juni 2023 im Landtag von Baden-Württemberg nach. GEW-Vorsitzende Monika Stein sprach über die Folgen der Schulschließungen und des Fernunterrichts, den Stand der Digitalisierung und ging auf Verbesserungsmöglichkeiten bei Kommunikationsstrukturen ein.

Die GEW als größte bildungspolitische Interessenvertretung in Baden-Württemberg wurde von der Kommission zur öffentlichen Anhörung eingeladen. Das Gremium wollte von der GEW-Vorsitzenden Monika Stein hören, welche Lehren die GEW aus Schulschließungen und Homeschooling während der Coronapandemie zieht. Auch Handlungsempfehlungen waren gefragt.

Zusammenfassung der GEW-Position
 Bildungs- und Betreuungseinrichtungen gehören zu den Einrichtungen der Daseinsvorsorge, die über einen besonderen Schutz- und Fürsorgeauftrag verfügen. Dazu zählen unter anderem Institutionen der frühkindlichen Bildung (Kitas), allgemeinbildende und berufliche Schulen, Frauen- und Kinderschutzhäuser, stationäre und ambulante Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, genauso wie Hochschulen und Universitäten und die Bereiche der Weiterbildung. In der Pandemie wurden diese Institutionen mehrfach für mehrmonatige Zeiträume geschlossen und der Betrieb, soweit möglich, ins Digitale verlagert. Diese Maßnahme hatte und hat – zusammen mit den allgemeinen Pandemiefolgen – vielfältigen Einfluss auf das Leben und die Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen.

„Die GEW schlägt eine Enquetekommission zum Fachkräftemangel in der Bildung vor.“

Was aus den pandemiebedingten Schulschließungen folgen sollte:

- **„Die Schere geht weiter auseinander“** – die Pandemie verstärkte die Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen aus sozial herausfordernden Lagen und mit Behinderungen. Bedarfsgerechte Maßnahmen sind die zeitnahe Umsetzung einer sozialindexbasierten Ressourcenzuteilung, die Stärkung leicht zugänglicher Unterstützungsangebote und die Umsetzung der Inklusion entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention. Für diese Maßnahmen sind zusätzliche Stellen für Lehrkräfte und andere Professionen erforderlich.
- Der Stand der **Digitalisierung an Schulen** wird als lückenhaft skizziert und die Schaffung eines flächendeckenden, praxisorientierten und zukunftsfähigen Gesamtsystems als Aufgabe benannt. Kinder und Jugendliche müssen in einer von der Kultur der Digitalität geprägten Welt zu mündigen Bürger*innen erzogen werden. Die GEW fordert Mut. Verbote und Verzögerungen sind aus Sicht der GEW kontraproduktiv. Notwendig ist, dass die Schulen professionelle Unterstützung bei der Aministratation der Geräte erhalten und dass bald Mittel für den weiteren Ausbau der digitalen Medien sowie für Ersatzbeschaffungen zur Verfügung stehen.
- Systematische Reibungsstellen in der **Kommunikation** zwischen Bund, Land, Kommunen und Trägern werden an konkreten Beispielen wie der Bereitstellung digitaler Endgeräte benannt. Die GEW fordert ein Gremium zur Krisenkommunikation aus relevanten Akteur*innen der betroffenen Bereiche – unbedingt auch unter Einbeziehung der Elternschaft und der Schüler*innen.

Zentral ist: Der Betrieb von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen muss in Krisen jeder Art prioritär sichergestellt werden. Dazu muss die Infrastruktur der Bildungseinrichtungen viel besser aufgestellt sein: Die Schule ist ein System am Limit. Fachkräftemangel, Sanierungsstau oder verschlafene Digitalisierung setzen die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen aufs Spiel. Die Krise hat all das überdeutlich sichtbar gemacht. Im Sinne einer Resilienz des Gemeinwesens in Baden-Württemberg muss jetzt mutig und durchdacht in die Zukunft investiert werden.

Monika Stein fragte: „Wie sollen Mega-Projekte wie der Ganztagsausbau, Sprachförderung, Integration Geflüchteter und die steigenden Schüler*innenzahlen gestemmt werden? Die Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zeigt, dass wir dauerhaft krisenfeste Bildungseinrichtungen brauchen. Es darf nicht mehr passieren, dass Kneipen geöffnet werden und Schulen geschlossen bleiben, weil zum Beispiel Schulgebäude so marode sind, dass dort nicht sicher und gesund gelernt werden kann. Die Maßnahmen der Landesregierung gegen den Fachkräftemangel sind bisher mut- und phantasielos.“

Enquetekommission

Zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Sachverhalte kann der Landtag eine Enquetekommission einrichten. Er ist dazu verpflichtet, wenn dies von einem Viertel der Mitglieder des Landtags oder von zwei Fraktionen beantragt wird. Der Enquetekommission können auch sachverständige Personen angehören, die nicht Mitglied des Landtags sind. Die Enquetekommission erstattet dem Landtag einen abschließenden schriftlichen Bericht.

Die Rede der Landesvorsitzenden auf:
www.gew-bw.de



Foto: GEW BW

„Für die Automobilindustrie gibt es einen Strategiedialog, zum Thema Bildung einen Kabinettsabend. Durch die Kampagne „The Länd“ Fachkräfte anzuwerben, mag sinnvoll sein. Wichtiger sind aber Investitionen in die Fachkräfte von morgen“, erklärte Stein.

Die Bildungsgewerkschaft lädt die Kabinettsmitglieder zu Schulbesuchen ein. „Wer im Jahr 2023 eine Grundschule besucht, wird sofort verstehen, warum auch Grundschulen wie alle anderen Schulen zusätzliche Stunden für Förderangebote brauchen. Wer nächste Woche um 11 Uhr vor einer Realschule steht und sieht, wie die ersten Klassen wegen Unterrichtsausfall nach Hause gehen, weiß, dass die ständige Vertretungsreserve mit knapp 2.000 Lehrkräften bei 5.000 bis 7.000 dauerhaften Ausfällen viel zu klein ist. Das sind nur zwei von vielen Beispielen der zahlreichen bildungspolitischen Baustellen. Wir reden gerne über mögliche Lösungen, zum Beispiel in einer Enquete Fachkräfte-mangel“, erklärte Stein. ■

b&w

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Am 9. März 2022 hat der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen, eine Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ einzusetzen. Diese soll sich mit der Frage beschäftigen, wie krisenfest die baden-württembergische Gesellschaft aufgestellt ist und welche Maßnahmen nötig sind, um die Resilienz (Widerstandsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit) von Staat und Gesellschaft zu stärken. Hierzu sollen insbesondere auch Lehren aus den zwei zurückliegenden Jahren der Pandemie und aus den zu ihrer Bewältigung angewandten Strategien gezogen werden. Ziel ist es, konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die dem Landtag von Baden-Württemberg übergeben werden.

Die Enquetekommission besteht aus 14 Abgeordneten der im Landtag vertretenen Fraktionen. Zudem hat die Enquetekommission auch 8 externe Mitglieder aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Die Laufzeit ist auf 24 Monate angelegt. Vorsitzender ist Alexander Salomon (Grüne) und Stellvertreterin Natalie Pfau-Weller (CDU).

Parallel zur Tätigkeit der Enquetekommission hat sich von Oktober 2022 bis Januar 2023 ein Bürgerforum „Krisenfeste Gesellschaft“ mit der Frage, wie sich das baden-württembergische Gemeinwesen auf künftige Krisen vorbereiten kann, beschäftigt. Die 48 zufällig ausgewählten Einwohner*innen Baden-Württembergs richteten hierzu Empfehlungen und Forderungen an die Enquetekommission.

Weil beim Bürgerforum deutlich geworden war, dass Familien in Krisen besonders stark belastet waren, wurden ergänzend vier digitale Fokusgruppen beauftragt und durchgeführt.

Quelle und Abschlussberichte:
www.landtag-bw.de/

BISS-TRANSFER

Gutes Konzept – mangelnde Kommunikation

Ende April erhielten alle Grundschulen ein Schreiben vom Kultusministerium (KM). Ab September müssen alle Grundschulen ein verbindliches Programm zur kontinuierlichen Leseförderung in allen Klassen erarbeiten und vorlegen. Das KM drängt die Schulen, das Programm BISS-Transfer mit verbindlichen Übungszeiten (Förderbändern) umzusetzen. Das stellt die Grundschulen vor Probleme.

Das KM hat eine verbindliche Regelung für Leseförderung in allen öffentlichen Grundschulen erlassen. Im Rahmen des Deutschunterrichts müssen die Grundschulen zum nächsten Schuljahr die Leseförderung in allen Klassen durchführen. Dazu müssen sie Förderbänder, die zwei Mal in der Woche jeweils mindestens 20 Minuten dauern, in den Stundenplan einbauen. Diese Förderung soll inhaltlich ein sogenanntes Leseband darstellen. Die Umsetzung und Aufnahme der Förderbänder ins Schulprofil sind verbindlich. So will das KM die Schlüsselkompetenzen wie Lesen und Zuhören stärken, die Zahl der Schüler*innen reduzieren, die die Mindeststandards in diesen Bereichen nicht erreicht haben, und mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen.

Für die verbindliche Einführung der Leseförderung haben die Schulen zwei Möglichkeiten:

- Sie können in das Programm BISS-Transfer einsteigen oder
- dem Staatlichen Schulamt (SSA) im Schuljahr 2023/24 ein schuleigenes Lesekonzept vorlegen.

Was ist BISS-Transfer?

„Bildung durch Sprache und Schrift“ (BiSS) ist eine gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zum Transfer von Sprachbildung, Lese- und Schreibförderung in Schulen und Kitas. Die Initiative wurde 2013 gestartet und wird bis 2025 fortgesetzt. In Baden-Württemberg nehmen bisher rund 400 Grundschulen an BISS-Transfer teil.

Zum Schuljahr 2023/24 können alle Grundschulen in BISS-Transfer einsteigen. Die Teilnahme am Projekt ist freiwillig. Die Schulleitung und das Kollegium müssen die Verankerung eines Leseförderkonzepts an der Schule als gemeinsame Schulentwicklungsaufgabe ansehen. Deshalb muss vor einem Einstieg die Gesamtlehrerkonferenz zustimmen und die Schulkonferenz darüber informiert werden. An jeder Grundschule muss eine Deutschlehrkraft als Ansprechperson benannt werden, die die Information, Organisation und Kommunikation im Kollegium übernimmt.



KOMMENTAR

Mehr Zeit und wirksame Unterstützung fehlen

BISS-Transfer ist als Initiative von Bund und Ländern ein sinnvolles Konzept. Es bietet ein systematisches Verfahren für die Leseförderung mit Leseverlaufsdiagnose. Die Schüler*innen erwerben so Lesestrategien und bekommen mehr Zeit, um das Lesen in der Schule zu üben. Das ermöglicht ihnen einen kompetenteren Umgang mit Texten und sie erleben sich beim Lesen wirksamer. BISS Transfer kann so Grundschullehrkräfte dabei unterstützen, die Lesekompetenz genauer zu betrachten und die Schüler*innen besser zu fördern.

Das KM hat allerdings eine große Chance vertan, die Grundschulen zu unterstützen und zu motivieren. Durch den engen Zeitplan und die harten Vorgaben im Erlass verpflichtet es die Schulen praktisch, genau dieses Programm einzuführen. Das schadet der Akzeptanz der Leseförderansätze. Und auch wenn das KM in den Dienstbesprechungen darauf hingewiesen hat, dass die Schulen entscheiden können, mit welchem Konzept sie die Lesekompetenz fördern wollen, wurde dies den Schulleitungen über die Staatlichen Schulämter anders kommuniziert. So gibt es an vielen Schulen Widerstand gegen die übereilte Einführung des Konzepts. Viele Grundschulen haben bereits Förderbänder eingerichtet oder eigene Leseförderkonzepte erstellt. Durch die kurzen Fristen können diese Schulen das eigene Konzept nicht in der von der Schulverwaltung geforderten Systematik vorlegen.

Über 5.000 Lehrkräfte haben schon an den Onlineveranstaltungen des ZSL zu BISS Transfer teilgenommen. Inzwischen haben sich auch fast alle Grundschulen zu BISS-Transfer angemeldet. Beides wird vom KM als großer Erfolg empfunden. De facto fühlen sich viele Grundschulen allerdings schlicht verpflichtet, BISS-Transfer einzuführen.

Für die Unterstützung vor Ort stehen den über 2.000 teilnehmenden Grundschulen aktuell nur 60 Sprachbildner*innen zur Verfügung. Sie können beim ZSL für konkrete Unterstützung von den Schulen angefragt werden. Das reicht nicht. Um die Stärken von BISS-Transfer wirksam zu machen, hätte das KM auf die verbindliche Einführung verzichten sollen, die eine Freiwilligkeit nur suggeriert. Eine gute Kommunikation auf allen Ebenen und ein Mitnehmen der Personen, die das Leseförderkonzept vor Ort umsetzen, hätte zu einer deutlich höheren Akzeptanz und Motivation geführt. Für künftige Vorhaben des KM wäre mehr Zeit bei der Einführung und eine schnelle und wirksame Unterstützung der Schulen durch Expert*innen ein besserer Weg. Das käme auch den Schüler*innen in den Grundschulen zugute. ■

Ricarda Kaiser

Stellvertretender Landesvorsitzender

Leseförderung ohne BISS-Transfer

Schulen können auch ein eigenes schulinternes Lesekonzept umsetzen. Dann müssen sie im Laufe des nächsten Schuljahrs dieses Konzept dem SSA vorlegen. Das SSA prüft anhand einer Checkliste des KM, ob das Konzept ein systematisches bzw. evidenzbasiertes Vorgehen vorsieht. Wenn nicht, können das SSA und die Schule bei den jährlich anstehenden Statusgesprächen einen Maßnahmen- und Zeitplan zur Verbesserung des Konzepts vereinbaren. Das SSA kann nach der Prüfung auch darauf hinwirken, dass die Schule an BISS-Transfer teilnimmt.

Zeitlicher Ablauf

Die Schulen wurden am 28. April informiert. Am 15. und 17. Mai fanden Informationsveranstaltungen zu BISS-Transfer statt. Bis 1. Juli mussten sich die Schulen dafür verbindlich anmelden. Am 18. Juli fand für die Schulleitungen und die Ansprechpersonen die Einführung ins Projekt statt. Ende September erfolgt dann die inhaltliche Einführung in das Projekt. Schulen, die ein eigenes Leseförderkonzept fort- oder einführen wollten, legen dieses im Laufe des Schuljahres 23/24 dem jeweiligen Staatlichen Schulamt verpflichtend vor.

Da die Schulleitungen erst Ende April über die neue verbindliche Leseförderung informiert wurden, konnten viele Schulen das eigene Konzept nicht bis Juli mit der Checkliste abgleichen. Viele Grundschulen brauchen mehr Zeit, um sich inhaltlich mit dem Projekt BISS-Transfer zu beschäftigen und sich für einen gemeinsamen Weg zu entscheiden. ■

Ruth Zacher

Landespersonengruppe Schulleitungen

Projekte, Projekte, Projekte...

Das Kultusministerium hat sich die Stärkung der Grundschulen auf die Fahnen geschrieben. Dazu werden momentan viele Daten erhoben und zahlreiche Projekte entwickelt. Wir geben einen Überblick.

Was zum Schuljahr 2023/24 eingeführt wird

BISS-Transfer: Hier geht es um verbindliche Förderbänder mit BISS-Transfer oder einem schuleigenen Lesetraining. Dabei werden die basalen Kompetenzen im Lesen gefördert. Es gibt eine verbindliche Lesezeit von 2 mal 20 Minuten pro Woche, die im Stundenplan verankert ist. (siehe 28)

Lernstand 2: Wird vorerst freiwillig eingeführt. Dadurch erhalten die Schulen für den Bereich Lesen eine fundierte Diagnostik, die ihnen Hinweise und Hilfen für eine gezielte Förderung ermöglicht.

Kompass 4: Wird ebenfalls vorerst freiwillig eingeführt. Damit wird der Leistungsstand in Deutsch und Mathematik festgestellt. Kompass 4 orientiert sich an den bildungspolitischen Kompetenzen und ist einfach in den Unterricht zu integrieren. Eine Benotung ist nicht vorgesehen. Durch die differenzierte Auswertung werden die Lehrkräfte für die Beratung der Eltern gestärkt. Die Eltern erhalten dadurch eine weitere Einschätzung für die Entscheidung beim Übergang in die weiterführenden Schulen.

Schulversuche

Lernförderliche Leistungsrückmeldung: Zum neuen Schuljahr starten weitere acht Schulen. Insgesamt sind dann 43 Grundschulen in Baden-Württemberg im Schulversuch „lernförderliche Leistungsrückmeldungen“. Die Schulen, die aktuell schon dabei sind, konnten ihre Rückmeldungen und Kritikpunkte einbringen. Diese wurden aufgenommen und mit den Schulen verändert.

Multiprofessionelle Teams: Auf Grundlage des vorläufigen Sozialindexes wurden in acht Schulämtern je zwei Schulen ausgewählt, multiprofessionelle Teams an Grundschulen aufzubauen. Die acht betroffenen Schulämter sind Mannheim, Pforzheim, Stuttgart, Göppingen, Biberach, Albstadt, Offenburg und Konstanz. Die Personalgewinnung findet über LOBW statt und der Modellversuch wird über das IBBW evaluiert.

Kooperation

Wir.Lernen – Grundschulen in Baden-Württemberg sichern Basiskompetenzen: Ein Kooperationsprojekt mit der Robert-Bosch-Stiftung soll ermöglichen, dass alle Schüler*innen am Ende von Klasse 4 in Mathematik und Deutsch die Mindeststandards erreichen. Der Schwerpunkt liegt auf der Netzwerkarbeit unter den Schulen, die an dem Projekt teilnehmen, sowie auf der Arbeit an den Basiskompetenzen der Schüler*innen. Das Konzept basiert im Rahmen der Netzwerkarbeit auf dem kanadischen Ansatz „Family of Schools“.

In Planung

Sprachförderung an der Schnittstelle Kita-Grundschule: Geplant ist ein Konzept, das den vorschulischen Bereich und die Sprachförderung in der Grundschule miteinander verbindet.

Musikbetonte Grundschule: Das ist im Koalitionsvertrag festgehalten und wird in den nächsten zwei Jahren erarbeitet. **TiGS (Theater in der Grundschule):** Das Projekt läuft für einzelne Schulen ab dem nächsten Schuljahr. Durch die Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Landesverband Theater in Schulen und der Morpho Foundation wird Theaterarbeit im Unterricht verankert.

Mind Matters: Das ist ein bundesweites Präventionsprogramm zur Förderung der psychischen Gesundheit in der Schule.

Ruth Zacher

Landespersonengruppe Schulleitungen

KOMMENTAR

Wo bleibt der große Wurf?

Unmotiviertheit oder zu wenig Taten-
drang kann man dem Grundschulreferat
im Kultusministerium nun wirklich
nicht vorwerfen. Wenn man die vielen
einzelnen Maßnahmen betrachtet, sieht
man viele Projekte und den Willen,
passgenaue Unterstützungsangebote
in unseren Grundschulen zu etablieren.
Neben dem ambitionierten Versuch,
die Empfehlungen der ständigen wis-
senschaftlichen Kommission zur Ver-
besserung der Leistungen in den
Grundschulen umzusetzen, wird auch
der Ruf erhört, neben Lesen, Rechnen
und Schreiben auch künstlerische Kom-
petenzen der Schüler*innen in den
Blick zu nehmen. Das ist gut, weil die
Lehrkräfte sich das wünschen. Auch
die zur Verfügung gestellten Materia-
lien, Diagnoseinstrumente und Fort-
bildungsangebote können eine Unter-
stützung sein. Leider werden sie aber
kaum als solche wahrgenommen. Die
vielen kleinen Projekte, mögen sie ein-
zeln auch noch so gut ausgestaltet und
wichtig sein, lösen bei Schulleitungen
und Kollegien in Grundschulen eher
Panik als Freude aus. Angesichts der
schlechten Unterrichtsversorgung und
der alltäglichen Herausforderungen an
Grundschulen, stoßen bei den meisten
Kolleg*innen jedes neue Projekt und
die damit verbundenen zusätzlichen
Aufgaben erst einmal auf Ablehnung.

Erst recht, wenn es noch konzeptionell
im Rahmen von Schul- und Unterrichts-
entwicklung umgesetzt werden muss.
Das ZSL kann kaum Unterstützungs-
angebote beisteuern, weil auch hier
Kapazitäten fehlen.

Die Bildungswissenschaftlerin Anne
Sliwka spricht von einer Projektitis.
Das trifft es wohl am besten. Wo ist das
große Ganze? Wo wollen wir in zehn
Jahren mit unseren Grundschulen ste-
hen? Wann erkennt die Landesregie-
rung, dass an unseren Grundschulen
nicht symptomatisch rumgedoktert
werden muss, sondern dass unter dem
Versprechen „Grundschulen stärken“,
das stehen muss, was die GEW seit
Jahren fordert: Am Anfang investie-
ren statt später reparieren, das sollte
der Leitgedanke sein. Ein Konzept aus
einem Guss, das den Grundschulen
Ressourcen zur Verfügung stellt, um die
vielen Baustellen bewerkstelligen und
die guten Angebote nutzen zu können.
Der große Wurf wäre also, Poolstunden
in den Direktbereich, flächendecken-
de Unterstützung durch multiprofessi-
onelle Unterstützung und A13/E13 als
Zeichen der Wertschätzung für die her-
ausfordernde und gute Arbeit, die an
Grundschulen geleistet wird. ■

Ricarda Kaiser

Stellvertretende Landesvorsitzende



SCHULKINDERGÄRTEN

Das Land muss mehr für Kinder mit Behinderung tun

Schulkindergärten sind wichtige Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Während sie sich konzeptionell stetig weiterentwickeln, sind die strukturellen Bedingungen für die Kinder und die Beschäftigten nicht mehr zeitgemäß. Bei der Fachtagung der GEW am 1. Juli in Karlsruhe haben Kolleg*innen mit dem Kultusministerium über notwendige Weiterentwicklungen gesprochen.



Foto: Alfred Uhing

Kolleg*innen aus Schulkindergärten beim Fachtag der GEW

„Schulkindergärten sind wichtige Orte der frühkindlichen Bildung. Die GEW setzt sich für gute Bedingungen für die Kinder mit Behinderung, deren Familien, die Beschäftigten und die Leitungen an Schulkindergärten ein.“

Über 40 Kolleg*innen aus öffentlichen und privaten Schulkindergärten diskutierten mit Ingrid Schmid (Kultusministerium) und Christoph Ebinger (überregionale Arbeitsstelle Frühförderung), Michael Hirn (stellvertretender GEW-Vorsitzender) sowie Angelika Kistner (GEW-Landesfachgruppe Fachlehrkräfte) über die Situation und Zukunft der Schulkindergärten. Organisiert wurde der Fachtag von Alfred Uhing (GEW-Koordinator für die Schulkindergärten) und dem AK Schulkindergärten der GEW.

Zunächst sammelten die Teilnehmer*innen Einschätzungen zur Situation der Schulkindergärten. Sie waren sich einig, dass Schulkindergärten wichtige Orte der frühkindlichen Bildung sind und dass die GEW sich für gute Bedingungen für die Kinder mit Behinderung, deren Familien, die Beschäftigten und die Leitungen an Schulkindergärten einsetzen muss.

In der Diskussion kamen viele Probleme und Handlungsfelder zur Sprache: Schnittstellen zur allgemeinen Kita; viele Kinder in Schulkindergärten gehen nachmittags noch in eine allgemeine Kita, weil die Eltern ganztägige Angebote wollen; keine finanzielle Anerkennung oder Funktionsstelle für Leitungen an Schulkindergärten mit 1–2 Gruppen; hoher Bedarf an Plätzen; an vielen Schulkindergärten können nicht alle Kinder aufgenommen werden; Fachlehrkräfte werden nicht für Schulkindergärten ausgebildet und haben kaum Aufstiegschancen; fehlendes Sekretariat; viele Kinder mit autistischen Zügen; schlechte räumliche Situation.

Für das Verhältnis von Schulkindergärten und allgemeinen Kitas ist wichtig: Seit 2021 haben Kinder mit Behinderung einen rechtlichen Anspruch darauf, dass ihre Bedürfnisse an allgemeinen Kitas berücksichtigt werden. Die Träger der allgemeinen Kitas müssen mehr dafür tun, dass die Kinder und die Beschäftigten diesen Anspruch umsetzen können. Perspektivisch können sich alle allgemeinen Kitas zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln. Bis dahin brauchen die Kinder an den Schulkindergärten mehr multiprofessionelles Personal und längere Öffnungszeiten.

Das KM und die Beschäftigten an den Schulkindergärten haben viele konzeptionelle Bausteine bereits umgesetzt:

- der Orientierungsplan für Kinder ist auch die Grundlage für Schulkindergärten
- individuelle Lern und Entwicklungsbegleitung (ILEB nach ICF) sowie der Index für Inklusion sind an den Schulkindergärten handlungsleitende Instrumente
- seit Frühjahr 2023 liegt der Leitfaden zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im Schulkindergarten vor

Strukturelle Weiterentwicklungen hat das Land seit den 80er-Jahren an den Schulkindergärten aber nicht umgesetzt. Eine Ausnahme: Es gibt mittlerweile zusätzliche Leitungsstunden und Funktionsstellen für Leitungen von öffentlichen Schulkindergärten (ab 3 Gruppen). Neben einer konzeptionellen Weiterentwicklung brauchen die Schulkindergärten jetzt:

- mehr Leitungszeit und eine Funktionsstelle für alle Leitungen
- eine Verbesserung des Personalschlüssels pro Gruppe
- kleinere Gruppen und mehr Flexibilität bei den Förderschwerpunkten
- Ganztagesangebote
- Schulkindergärten als Arbeitsfeld in Ausbildung der Fachlehrkräfte aufnehmen

Die GEW mit der Landesfachgruppe Fachlehrkräfte und der AK Schulkindergärten wird diese Forderungen in Gesprächen mit dem Kultusministerium, bei Besuchen von Landtagsabgeordneten und mit anderen öffentlichen Aktionen kontinuierlich thematisieren. ■

Michael Hirn

Stellvertretender Landesvorsitzender

Struktur der Schulkindergärten

Schulkindergärten sind Einrichtungen des Landes oder privater Träger, die rechtlich zwischen den Kindertagesstätten und Schulen stehen. Wie bei Schulen sind die Kommunen die Träger der Schulkindergärten und damit verantwortlich für die Gebäude, in öffentlichen Schulen aber nicht fürs Lehrpersonal. Schulkindergärten sind Orte der frühkindlichen Bildung und der sonderpädagogischen Förderung. Damit ein Kind von 3 Jahren bis zur Einschulung einen Schulkindergarten besuchen kann, muss das Staatliche Schulamt auf Antrag der Eltern einen entsprechenden Bescheid erstellen.

*In Schulkindergarten arbeiten pro Gruppe eine Fachlehrkraft Sonderpädagogik (Geistige Entwicklung) oder vergleichbar qualifizierte Kolleg*innen als Landespersonal sowie teilweise weitere Kolleg*innen, die beim Träger eingestellt sind. Die Schulkindergärten sind nach sonderpädagogischen Förderschwerpunkten gegliedert und arbeiten mit einem SBBZ zusammen. Pro Gruppe wird eine Sonderpädagogin mit acht Deputatsstunden an den Schulkindergarten abgeordnet. In Schulkindergärten in privater Trägerschaft sind alle Beschäftigten beim Träger angestellt. Schulkindergärten sind in den Ferien meistens geschlossen und können mit dem derzeitigen Personal kaum Ganztagesplätze anbieten.*

In Baden-Württemberg gibt es 257 Schulkindergärten an 189 Standorten. Im Schuljahr 2021/22 besuchten 1.604 Kinder einen staatlichen und 2.730 Kinder einen privaten Schulkindergarten in 690 Gruppen. Weil dem Land Personal fehlt, sind nicht alle Plätze besetzt. 63 Schulkindergärten arbeiten mit einer allgemeinen Kita unter einem Dach als Intensivkooperation zusammen.

GEW-UMFRAGE ZUM ISP (INTEGRIERTES SEMESTERPRAKTIKUM)

Was belastet und was zum Gelingen beiträgt

Von Januar bis April 2023 fand eine landesweite Umfrage der GEW unter Lehramtsstudierenden aller Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg statt. Ziel war eine Bestandsaufnahme zum ISP. Innerhalb kürzester Zeit beteiligten sich über 200 Studierende und teilten ihre Erfahrungen aus dem ISP. Nun wurden die Ergebnisse der Umfrage veröffentlicht. Eine Zusammenfassung.

Studierende der Lehramter Grundschule, Sonderpädagogik und Sekundarstufe I absolvieren während ihres Studiums an der Pädagogischen Hochschule das sogenannte Integrierte Semesterpraktikum. Dieses Praktikum findet für das Lehramt Grundschule und Sonderpädagogik im Rahmen des Bachelorstudiums statt, für Studierende der Sekundarstufe I im Masterstudium. Während des einsemestrigen Praktikums sind die Studierenden in der Regel vier Tage in der Woche an ihrer ISP-Schule, einen Tag in der Woche besuchen sie Begleitveranstaltungen an ihrer Hochschule. Das ISP soll den Studierenden eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Schulpraxis ermöglichen. Die Studierenden nehmen in dieser Zeit am gesamten Schulleben teil, hospitieren, planen eigene Unterrichtsversuche und unterrichten unter Anleitung.

Mit der Umfrage der GEW wurden von Januar bis April 2023 Lehramtsstudierende aller Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg zu ihren Erfahrungen aus dem ISP befragt. Über 200 Studierende haben sich beteiligt und geteilt, was sie bewegt hat, mit welchen Hürden und Herausforderungen sie sich konfrontiert sahen. Sie haben auch Vorschläge gemacht, welche Ideen sie für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des ISP haben.

Aus den Rückmeldungen der Studierenden wurde deutlich, dass das ISP eine wichtige Möglichkeit ist, um Praxiserfahrungen zu sammeln und zu reflektieren. Es kann aber auch zu einer Belastungs- und Zerreißprobe für den Berufswunsch werden. Es zeigte sich, dass die Rahmenbedingungen einen großen Einfluss darauf haben, ob das ISP für die Studierenden zu einer wertvollen Praxiserfahrung oder zum Praxisschock wird.



Lange Pendelwege und finanzielle Sorgen als Belastungsfaktoren

Unter den Herausforderungen und Hürden, von denen Studierende im Rahmen der GEW-Umfrage berichteten, stechen zwei als besonders belastend hervor: Die Erreichbarkeit der ISP-Schule und die persönliche finanzielle Situation im Praktikum. Die Bandbreite der geschilderten Pendelwege reichte von Reisewegen mit 1 bis 2 Zeitstunden pro Strecke mit öffentlichen Verkehrsmitteln – die keine Ausnahme darstellten –, über ISP-Schulen, die mit dem ÖPNV gar nicht erreicht werden konnten, bis hin zu – in seltenen Fällen – notwendigen Umzügen. Daneben schilderten viele Studierende finanzielle Sorgen während des Praktikums. Die geschieht nicht nur durch Pendelkosten und Anschaffungen von Unterrichtsmaterialien, sondern vor allem, weil sie ihre existenzsichernden Nebenjobs während des ISP reduzieren oder aufgeben mussten. Studierende, die nicht auf Rücklagen zurückgreifen oder familiär um finanzielle Unterstützung

bitten konnten, berichteten, dass sie Kredite aufnehmen oder die Arbeit auf den späten Abend, in die Nacht oder auf die Wochenenden verschieben mussten.

Als ein weiterer Belastungsfaktor wird in den Rückmeldungen die Entgrenzung der Arbeitszeit während des ISP genannt. Viele Studierende berichten von Arbeitsphasen bis spät abends und am Wochenende. Vor allem in den ersten Wochen im Praktikum erleben die Studierenden eine besonders hohe Arbeitsbelastung, auch durch die noch fehlende Erfahrung und Praxis im Planen von Unterrichtssequenzen und -stunden.

Betreuung als ausschlaggebender Faktor in der Praxiserfahrung

Über alle Rückmeldungen der Studierenden hinweg zeigte sich deutlich die Bedeutung, die die Qualität der Betreuung im ISP für die Praxiserfahrung und die Entwicklungsmöglichkeiten der Studierenden hat. Als ausschlaggebende Faktoren führten sie die Qualität des Verhältnisses zu ihren Betreuer*innen, die Einbindung ins Kollegium, die Transparenz der Anforderungen und Rahmenbedingungen sowie die Austauschmöglichkeiten und die Feedbackkultur an.

Als hemmend für die Entwicklungsmöglichkeit erschienen in den Berichten fachfremde Betreuung, reduzierte oder nicht stattgefundenen Unterrichtsbesuche sowie fehlender Austausch und Feedback. Viele Studierende berichteten auch von dem Gefühl, einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt zu sein, häufig gepaart mit einer negativen Feedbackkultur.

Die Bedeutung der Betreuung schlug sich nicht nur in der Bewertung der Praxiserfahrung nieder, sondern auch in Rückmeldungen über Überlegungen zu einem Abbruch des ISP oder sogar



Fotos: fizkes (unten)/SementsovalLesia/iStock



„Ich fand die Betreuung sehr gut. Mit der Kritik an meinem Unterricht konnte ich gut arbeiten und habe dadurch eine Steigerung und ein Erfolgserlebnis bekommen. Die Reflexion nach den gehaltenen Stunden war dabei ausschlaggebend.“

Referendarin

des gesamten Studiums. Ein überlastetes Bild von der Arbeit der Lehrkräfte aufgrund des Lehrkräftemangels motiviert auch nicht für den Beruf.

Vom Praxisschock zur wertvollen Praxiserfahrung

Als Gelingensfaktoren für eine gewinnbringende Praxiserfahrung im ISP nannten Studierende ein gutes Rüstzeug für den Schulalltag. Dazu gehören vorbereitende Praxis-Workshops zu Unterrichtsplanung und Classroom-Management, Einheitlichkeit und Transparenz bei den Rahmenbedingungen und Anforderungen im ISP.

Aufbauend auf die Umfrage wird die GEW in den nächsten Monaten zu Gesprächsrunden einladen. Im Austausch mit Studierenden, Studierendenvertretungen und Hochschulen soll entwickelt werden, was zu einem gelingenden ISP beiträgt. ■

Katharina Huss

Referentin für Studierendenarbeit

 **Zusammenfassung der Ergebnisse der GEW-Umfrage zum ISP unter:**
www.gew-bw.de/publikationen

FACHBERATER*IN SCHULENTWICKLUNG

Blick von außen

Ulrike Klüppel ist schon seit 2003 Fachberaterin Unterrichtsentwicklung und seit 8 Jahren Fachberaterin Schulentwicklung. Sie bedauert, dass zu wenig Schulen das Unterstützungsangebot des ZSL kennen und in Anspruch nehmen. Als Personalrätin beim ZSL setzt sie sich für eine gerechte Besoldung der Fachberatungen ein.



„Als wir ihr sagten, dass wir sie auch beim Übergang in eine schulleitungsfreie Phase unterstützen, freute sie sich riesig und ihr fiel ein großer Stein vom Herzen.“

Ulrike Klüppel
Fachberaterin Schulentwicklung
ÖPR am ZSL

Ulrike Klüppel hat als Fachberaterin Schulentwicklung mit vielen unterschiedlichen Schulen und Aufgaben zu tun. Zu sehen, dass sie unterstützen und etwas bewegen kann, motiviert die 64-Jährige. Allerdings stellt sie immer wieder fest, dass Schulleiter*innen zum einen gar nicht wissen, dass sie Fachberater*innen Schulentwicklung als externe und neutrale Berater*innen mit ins Boot holen können, und zum anderen, wie groß deren Angebot ist.

Ein gutes Beispiel dafür fällt Klüppel sofort ein. In einem SBBZ mit Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (GENT) sollte der neue Bildungsplan implementiert werden. Eine größere Aufgabe, da sich dadurch vertraute Strukturen an den Schulen verändern werden. Klüppel und eine Kollegin standen beratend zur Seite. Während der Zusammenarbeit kam zur Sprache, dass die kommissarische Schulleiterin bald in Pension gehen wollte und die Nachfolge noch nicht geklärt war. „Als wir ihr sagten, dass wir sie auch beim Übergang in eine schulleitungsfreie Phase unterstützen, freute sie sich riesig und ihr fiel ein großer Stein vom Herzen“, erzählt Klüppel. Gemeinsam überlegten sie, wie es die Schule schafft, ohne Schulleitung gut im neuen Schuljahr weiterarbeiten zu können, beispielsweise durch ein Lehrer*innen-Team, das mehr Verantwortung übernimmt. „Mich hat es allerdings sehr gewundert, dass die Schulleiterin keinen Tipp vom Schulamt bekommen hat, dass wir auch für solchen Themen zuständig sind“, fügt sie hinzu. Innerhalb von nur zwei Terminen konnten sie ein neues Schulleitungsteam zusammenstellen, und die Erleichterung war groß, dass sich eine kollaborative Lösung fürs neue Schuljahr abzeichnete.

„Kolleg*innen und Schulleiterin hatten eine tolle Beziehung, und es gab genug engagierte Lehrer*innen, die Verantwortung übernehmen wollten“, berichtet die Fachberaterin begeistert.

So rund läuft es selten. Das liegt in Klüppels Augen mit daran, dass Schulleitungen und Kollegien erschöpft sind. So gehen unter anderem Anfragen bei ihr ein, ob sie einen Wellnessstag veranstalten würde. „Was wir natürlich nicht machen“, sagt sie und lacht. Aber sie und die Tandemperson bieten an, Lösungen zu finden, die entlasten. Dazu gehört, sich den Frust von der Seele zu reden. Dann gilt es, die Belastungen konkret zu benennen und gemeinsam zu erarbeiten, wie die Herausforderungen im Team gestemmt werden können. Wo Fachberater*innen Schulentwicklung an ihre Grenzen stoßen, kooperieren sie mit anderen Expert*innen aus dem Unterstützungssystem des ZSL. Das sind zum Beispiel Fachberater*innen Unterrichtsentwicklung, Präventionsbeauftragte und Schulpsycholog*innen.

Unterstützung bei vielen Themen

Das Angebot, das sich nicht nur an Schulleitungen, sondern auch an Arbeits- und Steuergruppen sowie an Kollegien aller Schularten richtet, ist breit gefächert. Klüppel begleitet Prozesse wie Team-, Schul- und Unterrichtsentwicklung, Selbstevaluation, Projekt- und Prozessmanagement sowie Entwicklungen eines Leitbildes. Der Ablauf ist einfach: Wer ein Anliegen hat, wendet sich damit an die entsprechende Regionalstelle in Freiburg, Karlsruhe, Mannheim, Tübingen, Schwäbisch Gmünd oder Stuttgart. Klüppel arbeitet zusammen mit 13 anderen Fachberater*innen Schulentwicklung in der Regionalstelle

Stuttgart. Im Team besprechen sie alle Anfragen und schauen, wer Ressourcen frei hat und räumlich nicht allzu weit von der zu beratenden Schule entfernt ist. Dann wird ein Tandem gebildet. „Es hat sich bewährt, dass sich das Tandem aus einem Fachberatenden, der mit der Schulart vertraut ist, und einer schulfremden Expert*in zusammensetzt. „Dadurch gibt es noch andere, wertvolle Impulse“, bekräftigt Klüppel, die seit 1987 im Schuldienst ist und bis 2015 an einer Werkrealschule unterrichtete.

Bis zum Orientierungsgespräch an der Schule können bis zu 4 Wochen vergehen, denn Klüppels Kalender ist gut gefüllt. Wenn das Schuljahr losgegangen ist, gibt es allerdings wenig Lücken. Zudem werden Fachberater*innen Schulentwicklung vom ZSL immer öfter für die Moderation von Großprojekten oder als Spezialistenteams gebucht. „Wir antworten aber trotzdem schnell auf eine Anfrage und geben Bescheid, wer von uns berät“, versichert sie. Beim ersten Treffen geht es darum, den Auftrag genau zu besprechen. Wie ist die Situation in der Schule? Braucht die Schulleitung Unterstützung? Sollen sie einen pädagogischen Tag durchführen? Fachberater*innen Schulentwicklung arbeiten rein auftragsbezogen und vertraulich. „Wir legen zwar den Finger in die Wunde, aber davon gelangt nichts nach außen, zum Beispiel ans Schulamt“, sagt Klüppel nachdrücklich. Damit ihre Arbeit nachhaltig ist und nicht im Alltag untergeht, vereinbart sie auf Wunsch mehrere Termine mit der Schule.

Ungerechte Bezahlung

Und wie sieht's aus mit der Bezahlung? Fachberater*innen Schulentwicklung kommen aus unterschiedlichen Schularten – und dementsprechend werden sie unterschiedlich bezahlt, obwohl sie die gleiche Arbeit machen. Als Grund- und Werkrealschullehrerin aufgrund besonderer Aufgaben als Fortbildnerin bekommt Klüppel A13 durch eine Sonderzulage, ihr Kollege vom Gymnasium A15, ein anderer A11. „Das ist wirklich



ungerecht. Hinzu kommt, dass es für uns Fachberater*innen keine Beförderungsmöglichkeit gibt“, bemängelt Klüppel, die sich als Personalrätin beim ZSL dafür einsetzt, dass diese Ungerechtigkeit ein Ende hat. Auch die GEW fordert ein Berufsbild „Aus- und Fortbildung“ für alle Schularten mit einer Besoldung von A14/A15 zu schaffen. Dadurch würde nicht nur die Bezahlung gerecht, sondern auch endlich Klarheit geschaffen, welche Aufgaben die Fachberatungen übernehmen (siehe auch b&w 05/2023, S. 33 „Lobby in der GEW“). ■

Andrea Toll
Freie Journalistin

FORTBILDUNG SCHULPSYCHOLOGIE

Navigieren im Dilemma

Bei der gemeinsamen Fortbildung der GEW mit dem Landesverband Schulpsychologie Baden-Württemberg Mitte Juni stand im Fokus, wie Lehrkräfte mit widersprüchlichen Anforderungen in ihrem Beruf umgehen können. Die Psychologin Julika Zwack sprach über Entstehung, Vermeidung und Auswirkungen.



Fotos: JackF/iStock

Lehrkräfte können nicht eine ganze Klasse und gleichzeitig einzelne Schüler*innen im Blick haben.



möglicherweise fachliche Kenntnisse? Und dennoch gehört es zu ihren Aufgaben, auch Schüler*innen mit herausforderndem Verhalten in den Unterrichtsprozess einzubeziehen. Dies alles mit der Zeit und Geduld von Sozialarbeiter*innen und der Fähigkeit von Psycholog*innen.

Unter diesen Voraussetzungen ist klar: Diese Spannung ist unauflösbar. Organisationen erzeugen Widersprüche durch zu komplexe Zielsetzungen, unzureichende Ressourcen und Rahmenbedingungen, die begrenzten finanziellen Mitteln folgen.

Die gesellschaftliche Entwicklung führt dazu, dass die Widersprüche in Schulen zunehmen und sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen werden. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass es möglich ist, den Spagat zwischen Gleichbehandlung und Wertschätzung des Individuums, zwischen Wissensvermittlung und dem Erwerb von Sozialkompetenzen oder zwischen dem Gebot der Unterordnung und der Mitgestaltung zu bewältigen. Doch welchen Einfluss hat die fortschreitende Digitalisierung – 24/7 online – Cybermobbing, ChatGPT oder die Nutzung gemeinsamer Hausaufgabenportale? Welchen Einfluss haben familiäre Rahmenbedingungen, von Helikopter-Eltern bis hin zur

Dilemmata sind Situationen, in denen die Botschaft lautet: „Gehe gleichzeitig nach rechts und nach links! Sie schaffen das schon!“ Bei Lehrkräften klingt das so: „Gestalten sie einen pädagogisch wertvollen Unterricht, bei dem es Ihnen gelingt, gleichzeitig einzelne Schüler*innen im Blick zu haben, die Ihre Aufmerksamkeit fordern und individuelle Fördermaßnahmen brauchen. Sie schaffen das schon!“ Ja, das ist die Herausforderung. Ist sie lösbar? Gleichzeitig? Wohl kaum. Aber wie gehen Lehrkräfte mit diesem täglichen Dilemma um? Wie gewichten sie ihre Aufgaben, wenn sie nicht all diese Anforderungen gleichzeitig erfüllen können? Haben sie sich dazu entschieden, Lehrer*in zu werden, um mit Leidenschaft Deutsch oder Mathematik zu unterrichten? Vermutlich waren Soziale Arbeit oder Schulpsychologie nicht Teil ihrer Studieninhalte. Ihnen fehlen

GEW stärkt Schulpsychologie den Rücken

(aus der Rede von Monika Stein, GEW-Landesvorsitzende)

„Der Einsatz der Schulpsychologie für gute Bildung, für gute Chancen für alle Kinder und Jugendlichen kann nicht hoch genug geschätzt werden. Sie als Schulpsycholog*innen sind ein Segen für belastete Menschen im Schulsystem – wenn es Sie nicht schon gäbe, müssten wir sie dringend erfinden. (...)“

In Krisenzeiten ist die Bedeutung der Schulpsychologie allgegenwärtiger als sonst. Dies konnten wir beobachten, als nach schrecklichen Amokläufen die Stellen von Schulpsycholog*innen deutlich ausgebaut wurden. In solchen akuten Krisensituationen sind Schulpsycholog*innen für alle offensichtlich unersetzbar. Auch während der Pandemie wurde der Sinn von schulpsychologischer Unterstützung so klar wahrgenommen, dass im Zuge der Rückenwind-Unterstützung für Schüler*innen in Baden-Württemberg zeitlich befristete Stellen geschaffen wurden. In unseren Augen war die Befristung von Anfang an ein Denkfehler – Schulpsychologie kann nicht als Projekt verstanden werden, das zeitlich begrenzt eingesetzt wird und sich dann selbst überflüssig macht! Nein! Schulpsychologische Betreuung ist dauerhaft notwendig und kann nicht einfach

nach zwei oder mit Verlängerung nach drei Jahren wieder beendet werden. (...) Gemeinsam müssen und werden wir, die GEW und die Schulpsychologie, auch in den kommenden Zeiten die Forderung nach einem besseren Versorgungsschlüssel an die Entscheidungsträger*innen in der Politik herantragen. Wir werden nicht müde und dürfen dabei auch nicht nachlassen, mehr dauerhafte Stellen für Schulpsychologie zu fordern. Sie müssen auch von Verwaltungstätigkeiten entlastet werden, damit sie in Ihrer wertvollen Arbeitszeit nicht auch noch das leisten müssen, was andere gut übernehmen könnten. Auch diese Forderungen bringen wir gemeinsam vor. Wir legen als GEW gleichzeitig unseren Fokus auch auf die Beratungslehrkräfte, bei denen zu große Belastung ebenfalls ein Dauerthema ist – und bei denen wir eine besonders große Belastung der Beratungslehrkräfte im Grundschulbereich sehen, in dem nicht per Zufall die größten Lücken klaffen, wenn es um Nachwuchs und Versorgung der Schulen geht.“ ■

sozialen Verwahrlosung oder Verarmung von Familien?

Niemand entkommt einem Dilemma, ohne sich schuldig zu fühlen. Doch echte Schuld kann es nur geben, wenn die Bedingungen es mir ermöglichen, Maßnahmen zu ergreifen, um aktiv etwas zu verändern. Die Übernahme der Schuld für ein Dilemma, das von einer in sich mit Widersprüchen agierenden Organisation erzeugt wurde, ist fahrlässig und zeugt von einer „milden Form von Größenwahn“, wie die Psychologin Dr. Julika Zwack auf der Tagung betont.

Dieses Gefühl, nicht ausreichend zu sein, erzeugt Stress. Viel Stress. Denn Dilemmata sind allgegenwärtig. Ein Zustand, der für Lehrkräfte gesundheitsschädlich sein kann und dringend eine Antwort erfordert.

Um den Stress zu reduzieren, wird Betroffenen häufig geraten, an ihrer Stressreaktion anzusetzen, und beispielsweise auf ihre Atmung zu achten. „Wenn Sie richtig atmen, können Sie damit umgehen“. Dieser Ansatz kann im besten Fall unterstützen, greift jedoch zu kurz. Notwendig ist, die Situation zu akzeptieren: „Es ist nichts verkehrt an mir. Ich kann diesen Widersprüchen nicht entkommen, ich muss damit leben.“

Für Schulleitungen und Kolleg*innen bedeutet dies, das unmöglich Machbare gemeinsam anzuerkennen. Es erfordert eine solidarische Haltung und tägliches Abwägen zwischen rechts und links. Mit der gemeinsamen Überzeugung, dass beides (allein und gleichzeitig) nicht möglich ist.

Angesichts der zunehmenden Verschärfung dieser Widersprüche in der Schule ist es eine Aufgabe der Politik, diese wahrzunehmen, sie anzuerkennen und zu ihrer Entschärfung beizutragen. Und das wird Geld kosten, denn es wird eine differenzierte Ressourcenallokation in der Schule erfordern. Ein Modell könnte beispielsweise der Teamunterricht einer Lehrkraft mit einer Erzieher*in sein. So kann die eine nach rechts und die andere nach links gehen. Auf diese Weise können die beiden unvereinbaren Aufgaben gemeinsam bewältigt werden. Eine Erweiterung der Ressourcen für Beratungslehrkräfte, Schulpsycholog*innen und Schulsozialarbeit würde diese Widersprüche weiter grundlegend entschärfen.

Wir brauchen gesunde, begeisterte und motivierte Lehrkräfte an allen Schularten. Und das erreichen wir nicht mit „Weiter so!“. Um die Lehrkräfte bestmöglich zu entlasten, fragen Schulpsycholog*innen nach, hören gut zu und ziehen sich nicht auf vorgefertigte Meinungen zurück, die behaupten, es sei so machbar. Nein, das ist nicht der Fall.

Die Anfragen an unsere Schulpsychologischen Beratungsstellen sprechen ihre eigene Sprache. Immer mehr Lehrkräfte kommen mit Symptomen der Überforderung, des Nicht-Könnens und des Nicht-Wollens. Dies geschieht während eines gravierenden Lehrkräftemangels, der verschärft wird, wenn weitere Lehrkräfte ausfallen. So entsteht zusätzlicher Druck: Am besten nicht ausfallen, um Kolleg*innen nicht weiter zu überlasten. ■

Nina Großmann

Landesverband Schulpsychologie
Baden-Württemberg

POSITIONSPAPIER DER CDU-FRAKTION

Wehrkundepropaganda in Schulen?

Die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg hat in ihrem Positionspapier „Ganzheitliche Sicherheit: starke Bundeswehr in Baden-Württemberg“ vom April 2023 ihre Vorstellungen von einer neuen Sicherheitspolitik formuliert. Der GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen hat sich mit den Positionen der CDU auseinandergesetzt und hält dagegen.



Die Armee präsentiert sich jungen Leuten als Abenteuerspielplatz mit dem Versprechen auf Selbstverwirklichung. Gefahren und Probleme des Soldatenberufs werden ausgeblendet.

Die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg möchte in ihrem Papier die „Entfremdung von Bundeswehr und Gesellschaft“ umdrehen, die „Bundeswehr als Arbeitgeber in den Fokus rücken“ und „das Verständnis für Landesverteidigung“ wecken. Der „Besuch von Jugendoffizieren in Uniform an den Schulen“ soll „standardisiert“ werden und ohne die Einbindung ziviler Gruppen stattfinden, um die „Wertschätzung für die Bundeswehr“ zu fördern. Die CDU verabschiedet sich mit der Forderung nach „Standardisierung“ von der bisherigen auch von der GEW getragenen „Gemeinsamen Erklärung zur Friedensbildung“ von 2014, welche

die Einbindung von Organisationen der Friedensbewegung und die „Servicestelle Friedensbildung“ vorsieht. Die CDU-Fraktion fordert eine Verpflichtung der Schulen zum Einsatz von Jugendoffizieren. Bisher kann dies jede Lehrkraft in eigener Verantwortung entscheiden. Schon bei ihrem Parteitag im Oktober 2022 forderte die CDU, dass „jeder Schüler“ einer weiterführenden Schule „einmal in seiner Schullaufbahn einen Besuch eines Jugendoffiziers der Bundeswehr erlebt.“ Fraktionschef Manuel Hagel spricht in einer Pressemitteilung vom 26.04.2023 von „einem festgelegten Besuch eines Jugendoffiziers in Uniform an unseren Schulen“.

KOMMENTAR

Keine Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen

Schulen sollen ein geschützter, ein sicherer Ort sein. Ein Ort des Lernens, des Zusammenlebens. Hier können Schüler*innen viele Erfahrungen sammeln, aber schon der Gedanke, sie könnten auch in der Schule auf militärische Einsätze oder den Dienst an der Waffe eingestimmt werden, lässt mich zusammenzucken. Das bedeutet nicht, dass sich Kinder und Jugendliche nicht in der Schule mit den Themen globaler Gerechtigkeit, der Bündnisse, der Friedensbildung, internationaler Zusammenarbeit, Klimawandel und anderen politischen und aktuellen Themen und selbstverständlich auch Berufsorientierung beschäftigen sollen. Dies alles pädagogisch verantwortet und begleitet durch dafür ausgebildete Lehrkräfte. Daher fordert die GEW, dass die gemein-

same Erklärung zur Friedensbildung nicht aufgeweicht wird und das Werbeverbot für Jugendoffiziere erhalten bleibt. Wir treten weiterhin dafür ein, dass es in der pädagogischen Verantwortung der Lehrkräfte liegt, ob und wie externe Fachleute, darunter Jugendoffizier*innen, im Unterricht eingebunden werden. Die Linien der Außenpolitik zu vertreten, ist Aufgabe der Politik, nicht der Bundeswehr. Daher hat sich die GEW gegen die Kooperationsvereinbarung des Ministeriums mit der Bundeswehr ausgesprochen. Die GEW lehnt weiterhin Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen ab, in denen Schüler*innen mit Videospielen und Plakaten Abenteuerurlaub bei der Bundeswehr vorgespielt wird. Bestens ausgebildete Offizier*innen in Uniformen, die Werbung für den Dienst

an der Waffe, für eine bezahlte Ausbildung oder ein bezahltes Studium in der Bundeswehr machen, gehören meiner Meinung nach nicht in die Schulen. Denn die Anwerbung von Jugendlichen für das Militär verstößt gegen die Grundsätze der UN zu Kindersoldat*innen. Die GEW lehnt auch ein verpflichtendes Dienstjahr ab und setzt sich für den Ausbau und die Stärkung der Freiwilligendienste ein, z.B. das freiwillige soziale, kulturelle oder ökologische Jahr. Engagierte Jugendliche brauchen keine Zwangsrekrutierung. Die Bundeswehr muss sich ihren Nachwuchs selbst anwerben, das dürfen unsere Schulen nicht für sie übernehmen. ■

Monika Stein
GEW-Landesvorsitzende

Die CDU verabschiedet sich damit auch vom Grundsatz des Beutelsbacher Konsenses, dass kontroverse Themen auch kontrovers dargestellt und diskutiert werden, da Jugendoffiziere qua Amt und in Uniform die Position der Bundeswehr vertreten müssen. Was sie fordert, ist damit nicht mehr politische Bildung, sondern Wehrkundepropaganda in den Schulen, die nur auf „Wertschätzung“ zielt und Kontroversen wie die verfehlten Auslandseinsätze etwa in Afghanistan ausblendet. Ähnlich fordert

informieren über die Streitkräfte. Das sollen sie weiterhin und ohne Beschränkung an Baden-Württemberger Schulen tun dürfen.“ Ohne Beschränkung heißt eben ohne Berücksichtigung des Beutelsbacher Konsenses, ohne Kontrolle durch die Lehrkräfte und ohne potenzielle Gegenargumente aus der Friedensbewegung, wie das die Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit der Bundeswehr bisher noch vorsieht. Ein solche Annäherung zeigt sich auch in der Forderung der CDU nach einem

Wird militärisches Eingreifen normal?

Neben den Vorschlägen zur Bildung enthält das Papier der CDU auch Forderungen, das Eingreifen des Militärs zur Normalität werden zu lassen. Genannt werden Corona-Pandemie, Braunschweig, die Kooperation mit „Blaulichtorganisationen“ und der Zugriff auf Lagedarstellungen des Innenministeriums. Offenbar möchte die CDU die durch den russischen Einmarsch in der Ukraine gewachsenen Ängste nutzen. Nicht nur für eine symbolische Aufwertung



Fotos: imago

Auch außerhalb von Schule fordert die GEW mit der Kampagne "Unter 18 nie" ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung, die sich an Minderjährige richtet.

auch die FDP, dass Jugendoffiziere den Schüler*innen „grundlegende sicherheitspolitische Konzepte – auch aus einer militärischen Perspektive – erläutern.“ (Landtagsanfrage 17/4605 vom 17.4.), allerdings „ohne Rekrutierungsabsicht“. Genau das ist aber die weitergehende Intention der CDU: Sie vermischt den „Aufbau von Wissen“ mit der Werbung für die „Bundeswehr als Arbeitgeber“. „Die Bundeswehr soll als attraktive, spannende und sinnstiftende Arbeitgeberin sichtbar sein“, sagt Fraktionschef Manuel Hagel in der Pressemeldung. Die CDU nähert sich unübersehbar bisher abgelehnten Forderungen der AfD an, die in ihrem Landtagswahlprogramm forderte: „Jugendoffiziere der Bundeswehr

„Verpflichtenden Gesellschaftsjahr bei der Bundeswehr“ – die (bewusst missverständliche?) Formulierung zeigt ja schon, dass es letztlich um die Wiedereinführung der Wehrpflicht geht, wie sie die AfD bereits fordert.

der Bundeswehr, sondern auch für eine tiefgreifende Militarisierung der Gesellschaft, bei der die Schranken zwischen Militär und anderen staatlichen und zivilen Aufgaben schrittweise aufgehoben werden. ■

Erhard Korn

GEW-Vorstandsbereich Grundsatzfragen

UMGANG MIT HANDICAPS

Schwerbehinderte Lehrerin im Zwiespalt

Eva Nox (Name geändert) unterrichtet trotz Einschränkungen so gut sie kann. Sie stößt auf Verständnis und fühlt sich trotzdem nicht immer gut dabei. Ein Erfahrungsbericht mit Appell an die Politik.

Ich arbeite als Lehrerin an einer Grundschule. Aufgrund meiner Schwerbehinderung steht mir ein Nachteilsausgleich per Gesetz zu. Ohne diesen Nachteilsausgleich kann ich nicht arbeiten bzw. würde immer wieder wochenlang ausfallen oder müsste sogar in eine Klinik. Daher ist es wichtig für mich, und auch für meine Kolleg*innen an der Schule, dass ich den Nachteilsausgleich wahrnehme.

Das Problem ist jedoch, dass die Umsetzung ins Dilemma führt. Weil ich nicht immer verfügbar sein kann und darf, kommt es zu Mehrbelastungen im Kollegium. Ich gehe transparent mit meiner Schwerbehinderung um: Ich bin im Autismus-Spektrum. Meine Einschränkungen habe ich im Kollegium offen kommuniziert: Ich brauche so viele Regelmäßigkeiten wie möglich, darf keine kurzfristige Vertretung machen (ich muss es mindestens einen Tag vorher wissen), ich brauche immer wieder Pausen, ich kann keine sechs Stunden am Stück unterrichten und kann Pausenaufsicht auch nur in Verbindung mit einer Hohlstunde machen. Idealerweise sollte ich nur kleine Klassen unterrichten. Alle Änderungen in meinem Arbeitsalltag müssen mit mir vorab besprochen werden.

Dass ich spontan oder kurzfristig keine Vertretung übernehmen kann, ist im Schulalltag nur schwer umsetzbar. So kann es sein, dass bei mir Unterricht ausfällt, während gleichzeitig an anderer Stelle Vertretung benötigt wird. Kolleg*innen müssen dann aber Aufsicht machen oder zusätzlich Vertretungsstunden halten, während ich eine Freistunde im Lehrkräftezimmer bringe. Obwohl es rechtlich in Ordnung ist, fühle ich mich nicht gut dabei. Biete



„Schwerbehinderte Lehrkräfte werden ganz regulär bei der Stundenplanung einer Schule gezählt.“

ich mich aber für Vertretung an, kann es sein, dass ich danach aufgrund der Überlastung ausfalle.

Auch ist es im oft unplanbaren Schulalltag für meinen Chef schwer, mir die notwendigen Informationen rechtzeitig zukommen zu lassen. Manches kann bereits beim Stundenplan berücksichtigt werden, aber eben nicht der konkrete Schultag.

Generelles Problem von Schwerbehinderten

Meiner Meinung nach ist das auch ein Problem des gesamten Systems. Nicht nur der Lehrkräftemangel spielt hier

eine Rolle, auch der generelle Einsatz von schwerbehinderten Lehrkräften. Sie werden nämlich ganz regulär bei der Stundenplanung einer Schule gezählt. Doch es wäre viel sinnvoller, diese Menschen zusätzlich an einer Schule einzusetzen oder eine weitere Lehrkraft an die Schule zu versetzen, damit sie Ausfälle oder Einschränkungen der schwerbehinderten Lehrkraft kompensieren kann.

So, wie es aktuell an meiner Schule läuft, ist es für alle Beteiligten schlecht. Ich habe das große Glück, dass ich ein sehr verständnisvolles Kollegium habe und einen Chef, der sein Bestes tut, um meiner Situation gerecht zu werden. Jedoch lassen sich so Mehrbelastung im Kollegium nicht verhindern, was wiederum zu Ausfällen und Unzufriedenheit führen kann. Es muss dringend eine Lösung gefunden werden, die für alle annehmbar ist. Die Lösung kann nicht sein, dass ich auf meine Rechte verzichte, dadurch mehr belastet werde und schließlich dauerhaft ausfalle oder sogar dienstunfähig werde. Wir brauchen jede verfügbare Kraft an den Schulen und können es uns nicht leisten, potenziell arbeitsfähige Kräfte zu verlieren. Das wäre ein Armutszeugnis für die Politik, aber in erster Linie wäre ein es ein trauriges Beispiel für misslungene Integration schwerbehinderter Menschen auf dem Arbeitsmarkt. Der Staat bzw. in diesem Fall das Land Baden-Württemberg haben hier eine Vorbildfunktion. Es kann nicht sein, dass schwerbehinderte Menschen an den Rahmenbedingungen des Systems scheitern. ■

b&w

GEW SÜDBADEN WAHLAUSSCHREIBEN 2023

Wahlvorschläge für Bezirksvorsitz gesucht

Am 26. Januar 2024 findet in Freiburg eine außerordentliche Bezirksversammlung der GEW Südbaden statt.

Gemäß §31 Abs.1 der Satzung der GEW Baden-Württemberg wählt sie den Bezirksvorstand.

Nach der vorliegenden Rücktrittserklärung des Bezirksvorsitzenden Mathias Linke ist dieses Mitglied des Gremiums neu zu wählen.

Vorschlagsberechtigt sind nach §3 Nr.1 der Wahlordnung der GEW Baden-Württemberg die zugehörigen Kreise und der zuständige Wahlausschuss.

Der Wahlausschuss der GEW Südbaden hat sich am 14.06.2023 konstituiert. Zum Vorsitzenden wurde Timo Steuer

gewählt, zur Stellvertreterin Uta Adam sowie Andrea Wagner zur Beisitzerin.

Der Wahlausschuss fordert hiermit zur Einreichung von Vorschlägen für die vorstehend genannte Funktion auf.

Vorschläge sind an den Vorsitzenden des Wahlausschusses (Anschrift: GEW Südbaden, Wölflinstr. 11, 79104 Freiburg) zu richten.

Die Wahlvorschläge müssen bis spätestens 26.10.2023 vorliegen.

Gemäß § 3 Nr. 4 der Wahlordnung muss die schriftliche Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten beigelegt sein. **!**

Timo Steuer

Vorsitzender des

Bezirkswahlausschusses Südbaden

EINSCANNEN & KOPIEREN IN DER SCHULE

Was Lehrkräfte kopieren dürfen

Foto: imago

Was erlaubt ist steht auf: www.schulbuchkopie.de


Werke für den Unterrichtsgebrauch an Schulen dürfen nur mit Einwilligung des Berechtigten vervielfältigt werden. Analoge oder digitale Kopien aus Schulbüchern sind deshalb nur mit Einverständnis der Verlage erlaubt.

Um Lehrerinnen und Lehrern trotzdem unkompliziert Scans und Kopien aus Schulbüchern zu ermöglichen, haben die Bundesländer mit den Verwertungsgesellschaften Wort, Bild-Kunst und Musikedition sowie den Bildungsmedienverlagen den Gesamtvertrag „Vervielfältigungen an Schulen“ geschlossen. Dieser sogenannte „Fotokopiervertrag“ gestattet es Lehrkräften an Schulen, für ihren eigenen Unterrichtsgebrauch

Scans und Kopien aus Schulbüchern zu erstellen und abzuspeichern: 15 Prozent, maximal aber 20 Seiten, eines Druckwerkes dürfen kopiert und bei Werken, die ab 2005 erschienen sind, auch eingescannt werden.

Die Information stammt vom Verband Bildungsmedien, ein Zusammenschluss von Bildungsmedienanbietern in Deutschland www.bildungsmedien.de. **!**

b&w

 Ausführliche Informationen zu den gesetzlichen Regelungen, ein umfangreiches FAQ mit Praxisbeispielen, eine Broschüre und ein Plakat zum Download stehen auf: www.schulbuchkopie.de

ARBEIT IN DER GEW

INTERVIEW MIT GEW-MITGLIEDERN

David Todt



Du bist im Team mit zwei Kolleg*innen Kreisvorsitzender im Schwarzwald-Baar-Kreis, Personalrat und Lehrer an der Gemeinschaftsschule in Villingen. Du arbeitest da, wo viele frisch ausgebildete Lehrkräfte nicht hinwollen. Ist es bei euch nicht schön?

Doch, sehr sogar und kühler als im heißen Freiburg. Das Problem ist, dass Dienstanfänger*innen fürchten, dass sie dort nicht mehr wegkommen. Die unflexible Versetzungspraxis spricht sich an den Seminaren rum. Sie hören von anderen Horrorgeschichten. Wobei das Seminar in Rottweil hervorragende Arbeit macht und alles tut, um die jungen Menschen für die Region zu begeistern.

Was würde deiner Meinung nach die Lage entspannen?

Dass Lehrkräfte über Jahre an Schulen gebunden bleiben, hängt an der schlechten Lehrkräfteversorgung. Wer dringend gebraucht wird, kommt kaum weg. Flexible Versetzungen würden helfen.

Mit welchen weiteren Themen wenden sich Lehrkräfte an dich als Personalrat.

Es gibt sehr viele verschiedene Einzelfälle. Mit manchen Lehrkräften wird unschön umgegangen und ihre Rechte werden weit gedehnt. Für rechtliche Grundlagen zitiere ich gerne aus dem GEW-Jahrbuch.

Das Jahrbuch könnten sie selber lesen.

Lehrkräfte, die zu uns kommen, sind oft eingeschüchtert oder in der Probezeit. Da ist es wichtig, dass wir sie in der Beratung aufbauen und die Kolleg*innen wissen lassen, dass sie richtig handeln.

Arbeitest du gerne als Personalrat?

Ja sehr. Es freut mich, wenn ich jemandem helfen kann. Wenn es mal nicht klappt, dann haben wir es wenigstens probiert.

Freiburg



Foto: GEW Freiburg

Kreisvorstand der GEW Freiburg mit Gabi Rolland (MdB SPD) (1. Reihe, dritte von rechts)

Der Kreisvorstand Freiburg sprach Ende April mit Gabi Rolland, MdB für die SPD. Die zentralen Themen waren Überbeanspruchung der Lehrkräfte in Verbindung mit dem Personalmangel, Inklusion, Benachteiligung von Arbeitnehmerinnen und vieles mehr.

Gabi Rolland verwies auf die Erfolge in den 5 Jahren SPD-Führung im Kultusministerium. Interessiert folgte sie den Schilderungen der aktuellen Situation aus der Praxis. Karin Maillard, stellvertretende Kreisvorsitzende, fragte nach dem aktuellen Stand des Zwei-Pädagog*innen-Prinzips in der Inklusion. Rolland spricht für die SPD inzwischen von „einer zusätzlichen erwachsenen Person“. Vom Anspruch, dass dies ausgebildete Sonderpädagog*innen sein sollten, ist die SPD demnach zurückgetreten. Der Kreisvorsitzende Peter Fels forderte,

dass dies ausschließlich eine Notlösung in Zeiten des Mangels sein dürfe.

Beide Seiten konstatierten, dass es noch viel zu tun gebe, allem voran die Erhöhung der Studienplätze respektive Streichung des NC für die Lehrämter Grundschule sowie Sonderpädagogik, Poolstunden für Grundschulen und Erhöhung des Personalschlüssels. Rolland folgte vielen Forderungen, auch der Kritik an der Erhöhung der Unterrichtsstunden für Referendar*innen. Sie unterstützt die Forderung nach massivem Ausbau der Studienplätze bei gleichzeitiger Kritik an den Grünen, da der Ministerpräsident Winfried Kretschmann lange behauptet hatte, es gäbe keinen Mangel.

Auf ihre Frage, wie die GEW zur Zusammenlegung von kleinen Grundschulen stehe, um Lehrkräftestellen

reduzieren zu können, erhielt Rolland durchaus verschiedene Einschätzungen. Insbesondere sollte dies feinfühlig unter Beteiligung der Betroffenen und nach der ganz individuellen Situation vor Ort entschieden werden.

Die Abgeordnete fragte nach, was für multiprofessionelle Teams mitgedacht werden müsse. Andrea Wagner betonte, dass es auch einer Entlastung bedürfe, um eine gelingende Zusammenarbeit zu ermöglichen. Timo Steuer, stellvertretender Vorsitzender, forderte einen Deputatsausgleich und Verwaltungsassistenzen für die massive Zunahme der sonstigen Tätigkeiten (z. B. Schulabstimmung, Elterngespräche). Zu ihrer Frage, ob die sozialindexbasierte Ressourcenzuweisung wünschenswert wäre, folgte die zentrale Bedingung: Dies könne sehr gewinnbringend sein, aber ausschließlich bei ausreichenden zusätzlichen Ressourcen, und zwar nicht nur im Erprobungsstadium.

Peter Fels regte eine Landtagsanfrage an, die vergleicht: Wie viele Deputatsstunden generieren die Studienanfänger*innen 7 bis 8 Jahre später (getrennt nach Schularten)? Elke Eisert bekräftigte die Forderung für A13/E13 für alle, welcher sich die SPD anschließt. ■

Peter Fels, Karin Maillard, Timo Steuer

Stuttgart



Foto: GEW Stuttgart

Mitglieder des Kreis' Stuttgart erkunden ihre Stadt

Die eigene Stadt mit neuen Augen entdecken, einen Blick für Streetart bekommen und auch entlegene Straßen erkunden – das durfte eine Gruppe mit der Stadtführerin Andrea Welz bei einer Streetart-Führung in Stuttgart. Organisiert durch den Kreis Stuttgart und unterstützt durch die junge GEW. ■

Elena Mienert

Unsere Jubilare

75. GEBURTSTAG

Kurt Wiesenauer,
Rudersberg, * 16.08.1948
Ulrich Schielke,
Backnang, * 23.08.1948
Beate Dauer,
Tauberbischofsheim, * 16.09.1948
Christina Lipps,
Baden-Baden, * 19.09.1948
Reinhard Richter,
Heidelberg, * 28.09.1948

80. GEBURTSTAG

Jörg Müller-Beckedorff,
Todtnau, * 05.08.1943
Willi Zöller,
Stockach, * 06.08.1943
Dagmar Schubert,
Lahr, * 09.08.1943
Jörg Bay,
Straubenhardt, * 10.08.1943
Rainer Hofmann,
Niedernhall, * 10.08.1943
Dieter Baumgärtner,
Ludwigsburg, * 11.08.1943
Rudolf Glocker,
Friedrichshafen, * 12.08.1943
Bernd-Otto Dobelmann,
Ebersbach-Bünzwangen, * 12.08.1943
Maximilian Müller,
Aalen, * 17.08.1943
Alfred Huber,
Heilbronn, * 20.08.1943
Anne Semmelmann,
Biberach, * 21.08.1943
Peter Bretthauer,
Heidelberg, * 29.08.1943
Detlef Neumann,
Murrhardt, * 31.08.1943
Klaus Vetter,
Wangen, * 01.09.1943

Rainer Helmecke,
Vaihingen, * 02.09.1943
Christl Daum,
Weinheim, * 03.09.1943
Walter Bender,
Pfinztal, * 03.09.1943
Regina Röttig,
Edingen, * 06.09.1943
Ingelore Oomen-Welke,
Freiburg, * 06.09.1943
Heide Anshelm-Quadt,
Stuttgart, * 12.09.1943
Hubert Letzgos,
Leonberg, * 12.09.1943
Volker Getrost,
Freudental, * 15.09.1943
Volker Würthwein,
Karlsruhe, * 15.09.1943
Günter Hopf,
Besigheim-Ottmarsheim, * 15.09.1943
Ute Müller-Wolfangel,
Brühl, * 16.09.1943
Wiebke Kahlert,
Gundelfingen, * 17.09.1943
Sibylle Hauck,
Waldkirch, * 18.09.1943
Bettina Violet,
Heidelberg, * 18.09.1943
Peter Graß,
Karlsruhe, * 23.09.1943
Erika Ebinger,
Radolfzell, * 24.09.1943
Alban Stolz,
Lahr, * 24.09.1943
Klaus-Jürgen Zill,
Villingen-Schwenningen, * 25.09.1943
Almut Langbein,
Emmendingen, * 25.09.1943
Reinhold Adler,
Pfullingen, * 26.09.1943
Marilyn Clifford-Grein,
Stuttgart, * 26.09.1943

85. GEBURTSTAG

Andreas Baumstark,
Gerstetten, * 02.08.1938
Otmar Glaser,
Waldbrunn, * 08.08.1938
Ursula Straubinger,
Bad Buchau, * 08.08.1938
Christoph Harzer,
Baiersbronn, * 11.08.1938
Ludwig Junker,
Neuhausen, * 14.08.1938
Gudrun Günther,
Pliezhausen, * 15.08.1938
Norbert Müller,
Schwäbisch Gmünd, * 20.08.1938
Rolf Strohm,
Schopfheim, * 22.08.1938
Gerhard Lämmermeier,
Ludwigsburg, * 22.08.1938
Wolfgang Engel,
Leinfelden-Echterdingen, * 24.08.1938
Christiane Dürr,
Dossenheim, * 25.08.1938
Bernd Wunder,
Stuttgart, * 30.08.1938
Friedrich Laun,
Dornstetten, * 07.09.1938
Reiner Erlewein,
Neckarsulm, * 13.09.1938
Uwe Komanschek,
Wannweil, * 13.09.1938
Brigitte Geiser,
Korntal-Münchingen, * 19.09.1938
Elke Kretzschmar-Brandl,
Kirchberg, * 20.09.1938
Bernhard Weber,
Kirchheim, * 27.09.1938

90. GEBURTSTAG
Guenter Schmitt,
Eppingen, * 13.08.1933
Willi Thauer,
Schwäbisch Gmünd, * 30.08.1933

91. GEBURTSTAG

Erika Bettmann,
Freiburg, * 05.08.1932
Franz Würtz,
Durbach, * 16.09.1932

92. GEBURTSTAG

Ulrich Ostertag,
Esslingen, * 25.09.1931

93. GEBURTSTAG

Rainer Maurer,
Fellbach, * 09.09.1930

94. GEBURTSTAG

Gertrud Hartmann,
Reutlingen, * 19.08.1929

97. GEBURTSTAG

Hans Feller,
Lenningen, * 25.09.1926

98. GEBURTSTAG

Walter Kappl,
Mosbach, * 07.09.1925

104. GEBURTSTAG

Heinrich Utta,
Pfalzgrafenweiler, * 23.09.1919

Wir veröffentlichen die Jubilare nur, wenn sie aktiv zugestimmt haben. Wer genannt werden möchte, schickt uns bitte drei Monate vorher eine Nachricht per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per Fax (0711 21030-65), per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder nutzt die Internetseite: www.gew-bw.de/jubilaeum

Kreis Main-Tauber / Hohenlohe



Foto: Jana Kolberg

Vertrauensleute im historischen Treppenhaus des Klosters Schöntal

Wie arbeite ich mit dem GEW-Jahrbuch? Auf wen kann ich bei der Beratung verweisen? Wie reagiere ich auf angeordneten Vertretungsunterricht? Wie werbe ich für die GEW? Antworten auf solche Fragen gab es im Mai bei einer zweitägigen Fortbildung für GEW-Vertrauensleute an Schulen im Kloster Schöntal.

GEW-Kreisvorsitzende Jana Kolberg informierte über rechtliche Aspekte und Aufgaben der GEW-Vertrauensperson.

Sie erklärte beispielsweise, dass Vertrauensleute GEW-Materialien aushängen und Werbung machen dürfen. Gabi Riegel von der Bezirksgeschäftsstelle referierte, wie GEW-Mitglieder geworben werden können. Dies übten die Teilnehmenden im anschließenden Rollenspiel. Stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Farina Semler berichtete über die Bildungspolitik der Landesregierung. Sie verdeutlichte die aktuellen Probleme

an Schulen wie Personalmangel, ausstehende Reformvorhaben und schlechte Arbeitsbedingungen.

Neben der inhaltlichen Arbeit konnten sich die GEW-Kolleg*innen bei einer Führung durch das Kloster, in Abendgesprächen oder in der Natur austauschen. Informiert und gestärkt gingen die Teilnehmenden zurück in den schulischen Alltag. ▀

Jana Kolberg

Konstanz



Foto: Hans-Georg Pannwitz

Jubilare aus dem Kreis Konstanz feiern auf dem Bodensee

Ende Juni fuhren 30 Jubilare aus dem Kreis Konstanz mit der MS Alet für zwei Stunden auf den Gnadensee und feierten gemeinsam. Ganz besonders feierten wir mit Anton Störk für 64 Jahre Mitgliedschaft in der GEW!

Was wäre eine Gewerkschaft ohne die Treue und Verbundenheit ihrer langjährigen Mitglieder! Bei Kaffee, Kuchen

und Gesang ließen es sich die Jubilare mit dem Kreisvorsitzenden Hans-Georg Pannwitz gut gehen und hatten einen anregenden Austausch. ▀

Hans-Georg Pannwitz

Reutlingen/Tübingen

Foto: Reutlingen/Tübingen



Thomas Reck (GEW) moderierte die Diskussion auf der Veranstaltung des GEW Kreises Reutlingen/Tübingen. Es ging um die städtische Finanzierung des ev. Privatgymnasiums.

„Schulplätze, die mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt finanziert werden, müssen allen Kindern und Jugendlichen mit entsprechender Begabung offenstehen. Das ist wegen des Schulgeldes und wegen der Teilnahmepflicht am evangelischen Religionsunterricht an einem evangelischen Privatgymnasium nicht der Fall.“ Für dieses Statement bekam Wolfgang Straub, Schulamtsdirektor a.D. und Mitglied der GEW, langanhaltenden Beifall von den 200 Teilnehmer*innen einer Veranstaltung der GEW Kreis Reutlingen/Tübingen am 21. Juni. Der GEW-Kreisvorsitzende Matthias Gruner erinnerte daran,

dass die GEW für Bildungsgerechtigkeit eintritt und sich gemeinsam mit dem DGB-Kreisvorstand gegen die städtische Finanzierung des evangelischen Privatgymnasiums in Reutlingen ausspricht. Dieses private kirchliche Gymnasium soll auf Initiative der Reutlinger Stadtverwaltung durch die Schulstiftung der evangelischen Landeskirche in Württemberg gebaut und betrieben werden. Reutlingen will sich gegenüber der evangelischen Schulstiftung über 60 Jahre zu Freiwilligkeitsleistungen von mindestens 60 Millionen Euro nach heutigen Werten verpflichten.

Reutlingens Erster Bürgermeister Robert Hahn begründete das Vorgehen der Stadtverwaltung mit der dramatischen Haushaltslage der Stadt. Ein dreizüliges evangelisches Privatgymnasium sei die wirtschaftlichste Möglichkeit, dringend benötigte gymnasiale Schulplätze in Reutlingen zu schaffen. Er warf den Gegnern der Privatschule, zu denen die Schulleitungen aller weiterführenden öffentlichen Schulen und der Reutlinger Gesamtelternbeirat gehören, falsche Zahlen und Stimmungsmache vor. Wolfgang Straub entgegnete, dass der Vertrag über 60 Jahre erhebliche Risiken für den städtischen Haushalt beinhalte. Die Erweiterung der Reutlinger Gymnasien sei möglich und koste bedeutend weniger. Die Sorgen der Reutlinger Schulen formulierten Dr. Günther Ernst, Geschäftsführender Schulleiter, Carola Reinmuth, Fördervereinsvorsitzende und Thomas Kuchelmeister, Vorsitzender

des Reutlinger Gesamtelternbeirats. Sie befürchten, dass sich viele bildungsnaher Elternhäuser für die neue von der Stadt bestens ausgestattete Privatschule entscheiden. Besonders bitter finden sie, dass notwendige Sanierungen und Erweiterungen an 17 Reutlinger Schulen wegen der schlechten Haushaltslage gestoppt wurden.

Die Online-Petition gegen die evangelische Privatschule auf openPetition wird von mehr als 2.000 Menschen unterstützt. Sie fordert den Reutlinger Gemeinderat auf, wieder verschiedene Wege zur zeitnahen Sanierung und Erweiterung der öffentlichen Schulen in den Blick zu nehmen, anstatt einen privaten Schulträger zu privilegieren. Dessen ungeachtet sprach sich der Gemeinderat Ende Juni mit den Stimmen der CDU, SPD, FDP, der Freien Wähler und der AfD für das evangelische Privatgymnasium aus. Gegen den Verwaltungsvorschlag stimmten die Grünen, die Linke Liste und die WIR-Fraktion. Die Verträge mit der evangelischen Schulstiftung sollen bis Jahresende unterschriftsreif sein. ▀

Wolfgang Straub

@ Kontakt:

„Bildung für alle in RT“
bildung-fuer-alle-rt@posteo.de

Rhein-Neckar/Heidelberg

Foto: Birgit Roos



Mitglieder im Ruhestand waren auf Paddeltour auf dem Neckar.

Ende Juni konnte wieder eine Gruppe aktiver Ruheständler*innen mit Dirk Barthel und Helmut Jung auf Paddeltour gehen. Diesmal zwischen Schwabenheimer Hof und Ladenburg. Wetter, Strömung und allgemeiner Schiffsverkehr auf dem Neckar meinten es gut mit uns, sodass wir am Nachmittag vollzählig und wohlbehalten einkehren konnten! Es hat allen riesigen Spaß gemacht! ▀

Birgit Roos

Sigmaringen



Foto: Tilla Brückner

Susanne Seßler überreichte Winfried Kretschmann ein Geschenk des Kreises Sigmaringen (links Susanne Föhlich).

Susanne Fröhlich und Susanne Seßler überraschten im Mai Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf der Ruine Hornstein anlässlich seines 75. Geburtstages und überbrachten ihm die Glückwünsche der GEW im Kreis Sigmaringen. //

Thomas Seßler

Sigmaringen



Fotos: Dieter Hörnlein

Die GEW Sigmaringen besuchte bei ihrem Jahresausflug 2023 die Bodensee-Wasserversorgung und wanderte von Bodman nach Ludwigshafen.

Leserbriefe



05/2023

S. 16 Artikel

Titelthema „Games im Unterricht“

Ich habe mich über das Titelthema „Games im Unterricht“ sehr gefreut. Wenn es allerdings um GBL als eine Spielart des E-Learnings geht, bleiben in der Diskussion wichtige Aspekte weitgehend unbeachtet. Dazu einige Anmerkungen:

A) Datenschutz ist Grundrechts-, Demokratie- und Rechtsstaatschutz. Mobile Endgeräte sind zum größten Teil eine „black box“, bei der die Anwender*innen nicht sehen können, was außer der offensichtlichen Funktion noch alles stattfindet. Zum Geschäftsmodell der Herstellung der Systeme gehört auch das Sammeln von Benutzerdaten. Wie kann eine Schule oder eine Lehrperson garantieren, dass keine personenbezogenen Daten der Schüler*innen abfließen?

B) Weiterführende Schulen müssen damit rechnen, dass in vielen, eventuell den meisten Klassen Schüler*innen sind, die bei digitalen Medien ein Suchtverhalten zeigen oder dafür gefährdet sind. Hersteller von Spielen bauen suchtbegünstigende Elemente ein. Wie können betroffene Schüler*innen wirksam geschützt werden?

C) In der Landesverfassung wird gefordert, Schüler*innen „zu sittlicher und politischer Verantwortlichkeit“ und „zu freien und verantwortungsfreudigen Bürgern“ zu erziehen. Das schließt aus, dass Schüler*innen von Maschinen Anweisungen erhalten oder von ihnen beurteilt werden. Diese kennen keine Verantwortung. Anweisungen und Beurteilungen ohne Verantwortung widersprechen diesen Erziehungszielen.

E-Learning hat derzeit das grundlegende Problem, dass keine Software sprachliche Äußerungen von Schüler*innen auch nur annähernd angemessen analysieren kann.

Andreas Barth

Unseren Toten zum Gedenken

Rudolf Arnold, Konrektor

* 09.04.1927 in Ilshofen
† 05.05.2023 in Ilshofen

Birgit Artlich, GHS-Lehrerin

* 04.08.1963 in Eislungen / Fils
† 23.04.2023 in Göppingen

Gisela Bartsch-Maerlender, Realschullehrerin

* 08.12.1946 in Essen
† 01.05.2023 in Pfullendorf

Undine Bergdoll, GHS-Lehrerin

* 12.03.1943 in Heidelberg
† 11.06.2023 in Sandhausen

Martha Bernecker, GHS-Lehrerin

* 05.10.1925 in Göppingen
† 01.06.2023 in Kirchheim unter Teck

Rose Biegert-Alt peter, GHS-Lehrerin

* 17.12.1943 in Waiblingen
† 09.06.2023 in Ravensburg

Gertrud Bogenschütz, GHS-Lehrerin

* 05.07.1937 in Karlsruhe
† 22.02.2023 in Freiburg

Christa Duda-Brönnner, GHS-Lehrerin

* 02.03.1944 in Namslau (heute Polen)
† 24.05.2023 in Lohr am Main

Martin Holzner, GHS-Lehrer

* 30.01.1965 in Göppingen
† 16.06.2023 in Göppingen

Dieter Kempf, Realschuloberlehrer

* 03.11.1940 in Heidelberg
† 21.06.2023 in Greifswald

Marlene Linder, GHS-Lehrerin

* 29.01.1944 in Pforzheim
† 24.05.2023 in Pforzheim

Walter Nollenberger, Oberstudienrat

* 26.02.1954 in Nürnberg
† 06.06.2023 in Aalen

Brigitte Petilliot-Klonowski, Realschullehrerin

* 29.11.1950 in Karlsruhe
† 17.06.2023 in Heidelberg

Arno Ranz, Oberlehrer

* 22.12.1934 in Berlin
† 21.05.2023 in Stuttgart

Rudolf Wilhelm, Rektor

* 13.11.1941 in Scheidegg / Allgäu
† 30.04.2023 in Weingarten

Wir veröffentlichen die Todesfälle nur, wenn die Verstorbenen uns dies vorab erlaubt haben oder die Angehörigen dies wünschen. Benachrichtigungen bitte per Post (Mitgliederverwaltung, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart), per E-Mail (datenpflege@gew-bw.de) oder über www.gew-bw.de/jubilaeum | Stand: 04.07.2023

OSTWÜRTTEMBERG

Nachruf Walter Nollenberger



Fotos: privat

Walter Nollenberger

Der Tod unseres Kollegen und Freundes Walter Nollenberger, der am 6. Juni im Alter von nur 69 Jahren verstarb, erfüllt uns mit Trauer.

Bereits 1981 trat Walter mit 27 Jahren der GEW bei. Für damalige Verhältnisse und einen angehenden Gymnasiallehrer ein durchaus bemerkenswerter Schritt. Schon bald übernahm er vielfältige Ehrenämter in der GEW, zunächst als Vertrauensperson an seiner Schule und als Beisitzer im Ortsvorstand Aalen. In einem Team wurde er 2003 schließlich zum Kreisvorsitzenden der GEW Ostwürttemberg gewählt und blieb dies über seine Pensionierung hinaus bis 2018, trotz deutlich zunehmender gesundheitlicher Einschränkungen. Als Mitglied im Bezirksausschuss der GEW Nordwürttemberg und im Landesvorstand brachte er sich in die Arbeit der GEW ein. Geschätzt wurde sein Engagement auch im vom Landesfachgruppenausschuss Gymnasium. Dass er das Vertrauen der Beschäftigten besaß, wurde mit seiner Wahl in den Örtlichen Personalrat seiner Schule und in den

Bezirkspersonalrat Gymnasien beim Regierungspräsidium Stuttgart deutlich. Bezeichnend für Walter war seine ruhige und freundliche Art, mit der er sich dennoch konsequent für die Interessen der Beschäftigten aller Schularten einsetzte. Solidarität mit Benachteiligten, auch im Hinblick auf mehr Bildungsgerechtigkeit, prägte seine Haltung. Gerade bei strittigen Themen und in schwierigen Situationen war er oft der Fels in der Brandung, immer bemüht, unterschiedliche Argumente zu respektieren, aber auch tragfähige Lösungen zu finden. Wir werden Walter in dankbarer Erinnerung behalten. //

Margit Wohner

Termine

GEW

Fachtag der Fachlehrkräfte & Technischen Lehrkräfte

> **Freitag, 17.11.2023**, 10:00 – 16:00 Uhr
Hospitalhof Stuttgart
 Ansprechpartner Stefan Bechthold
 bechthold@gew-mannheim.de

GEW-Kreise und Ortsverbände

Böblingen

> **Mittwoch, 02.08.2023**, 14:30 Uhr
Sommerfest der Mitglieder im Ruhestand
 Im Holzgerlinger Naturfreundehaus.
 Das Sommerfest ist zugleich unsere Mitgliederversammlung – dieses Jahr muss das Team der Verantwortlichen für die MiR des Kreises Böblingen neu gewählt werden.

> **Samstag, 09.09.2023**

Bouleturnier

Wir beteiligen uns am Bouleturnier für Hobbymannschaften in Steinenbronn.
 Treffpunkt 13 Uhr „Auf der Haine“.

Reutlingen / Tübingen

> **Donnerstag, 05.10.2023**, 19:00 Uhr
Kreisversammlung
 19:00 Uhr Ankommen, 19:30 Uhr Beginn
 Bericht aus dem Kreis, Tarifverhandlungen, Verabschiedung der Personalratswahllisten

Pforzheim

> **Mittwoch, 06.09.2023**
Fahrt zur Bundesgartenschau in Mannheim
 Infos und Anmeldungen bis 18.08.2023 an
 GEW MiR Udo Kaupisch 07231 73427

> **Donnerstag, 28.09.2023**

Wandern am Wildbach – Erkundungen im Eyachtal mit Thomas Köberle, Dipl.-Landschaftsökologe

Infos und Anmeldungen bis 15.09.2023 an
 GEW MiR Bernd Rechel 07232 8734

Stuttgart

> **Donnerstag, 28.09.2023**, 17:00 – 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung des GEW Kreises Stuttgart
 In der Aula der Max-Eyth-Schule,
 Fritz-Elsas-Str. 29 in Stuttgart
 Thema: Personalratswahlen 2024 –
 Verabschiedung der Kandidierenden-Listen



Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de



Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Baden-Württemberg
Verantwortlicher Redakteur: Michael Hirn
Geschäftsführende Redakteurin: Maria Jeggle
*Regelmäßige Mitarbeiter*innen:* Corinna Blume, Jens Buchholz, Erhard Korn, Andreas Schuler
Koordination GEW-Design: Evi Maziol
Layout: Virginia Scaldavilla
Schlusskorrektur: Frank Osterlow

Anschrift der Redaktion:
 b&w, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon: 0711 21030-36,
 E-Mail: b+w@gew-bw.de

Beilage: „Die Unterrichtspraxis“ erscheint 8-mal im Jahr.
Redaktion: Thomas Strehle und Miriam Hannig
 E-Mail: up@gew-bw.de

Verlag mit Anzeigenverwaltung:
 Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV),
 Silberstraße 7A, 70176 Stuttgart,
 Tel.: 0711 21030-70, Fax: 0711 21030-799,
 E-Mail: info@spv-s.de, www.spv-s.de

Geschäftsführung:
 Hans Maziol, Monika Stein
Verantwortlich für Anzeigen:
 Melanie Focali, Tel.: 0711 21030-772, melanie.focali@spv-s.de
Anzeigenschluss: ca. 15. des Vormonats
 b&w erscheint als Mitgliederzeitschrift monatlich
 10-mal im Jahr (nicht im Januar und August).

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
 Er beträgt für Nichtmitglieder jährlich 44 Euro inkl. Porto und wird jährlich im Dezember erhoben. Bestellung beim Verlag.
 Alle mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung der Verfasser*innen dar und vermitteln nicht zwingend eine Position der Redaktion oder der GEW.
 Leserbriefe können nicht alle veröffentlicht werden.
 Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe auszuwählen und zu kürzen. Anonym zugesandte Briefe werden nicht veröffentlicht.

Druck: GO Druck Media Verlag GmbH & Co. KG, Kirchheim
Druckauflage: 50.000 Exemplare (3. Quartal 2023)
 Gedruckt auf Blauer Engel Altpapier

Die nächsten Hefte von b&w erscheinen:
 Nr. 09/2022 am 22.09.2023,
 Redaktionsschluss: 21.08.2023
 Nr. 10/2022 am 20.10.2023,
 Redaktionsschluss: 18.09.2023
 siehe auch: www.gew-bw.de/mitgliederzeitschrift-bw/bw
 Dieses Heft wurde am 19.07.2023 für den Druck abgeschlossen.

GEW Baden-Württemberg, Silberstraße 7, 70176 Stuttgart,
 Telefon 0711 21030-0, Mitgliederverwaltung: -32, -33, -34, -37
 E-Mail: info@gew-bw.de, www.gew-bw.de

Echte Hilfen *für den Alltag.*



Anzahl	Produkt	Mitgliederpreis	Buchhandelspreis
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2023 Standardausgabe	15,00 €	27,00 €
	Exemplare GEW-Jahrbuch 2023 Berufliche Schulen	15,00 €	27,00 €
	Exemplare 50+ Alternativen zur Vollzeit bis 67	5,00 €	8,00 €
	Exemplare 55+ Die Vorsorgemappe	12,00 €	20,00 €
	Exemplare Steuererklärung	7,00 €	11,00 €
	Eltern-Jahrbuch 2022	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	15,00 €
	Eltern-Jahrbuch <i>plus</i> (Printversion inkl. PDF-Datei)	(Mitglieder und Nicht-Mitglieder)	18,00 €

Aus Gründen des individuell gesicherten Zugangscodes und des geschützten Urheberrechts können die E-Book-Fassung des GEW-Jahrbuchs sowie das Jahrbuch-Kombipaket (Print-Version+E-Book) ausschließlich online über unseren webshop unter: www.spv-s.de bestellt werden.

Versandkostenpauschale bei einem Warenwert	bis 20 €: 3 €	21 bis 40 €: 5 €	41 bis 100 €: 7 €	ab 101 €: versandkostenfrei
GEW-Mitgliedsnummer (s. Adressaufkleber b&w)				

Versand- und Rechnungsanschrift



Die **GEW**
wünscht
SCHÖNE
FERIEN.

Foto: imago